

#161 September 2009

HEMPELS

Das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein

BESSERE
ZEITEN

Cap-Anamur-Kapitän Schmidt
über das Leid von Bootsflüchtlingen

HEMPELS-Prüfsteine zur Landtagswahl
Wie unsere Verkäufer wählen wollen
Verkäufer Frank über seine Festanstellung

1,80 EUR
davon 0,90 EUR für
die Verkäufer/innen

Seit August verstärkt der 47-jährige **Reinhard Böttner** (Foto) unser Team. Der Diplom-Sozialpädagoge und erfahrene Mediator in Strafsachen hat die Geschäftsführung des Trägervereins HEMPELS e. V. übernommen. Der ursprünglich aus der Nähe von Kassel stammende Böttner war in den vergangenen elf Jahren in Flensburg tätig. Unter anderem organisierte er beim Verein Hilfe zur Selbsthilfe den Täter-Opfer-Ausgleich im Landgerichtsbezirk Flensburg. Bei HEMPELS wird Böttner für Organisation und Ausrichtung einer über die Jahre stark gewachsenen Hilfeeinrichtung verantwortlich sein. Mittlerweile 16 fest angestellte Mitarbeiter/innen sowie weitere knapp zwanzig Ein-Euro-Jobber und ehrenamtliche Mitarbeiter haben Aufgaben in Büro, Suppenküche oder Vereinscafé. Er freut sich darauf, sich in neuer Funktion für in schwierigen Lebenslagen befindliche Menschen engagieren zu können, hat Böttner zu Beginn seiner Tätigkeit gesagt. Wir freuen uns auf gemeinsam zu lösende Aufgaben.



Gewinnspiel



Sofarätsel

Auf welcher Seite dieser HEMPELS-Ausgabe versteckt sich das kleine Sofa? Wenn Sie die Lösung wissen, dann schicken Sie die Seitenzahl an: raetsel@hempels-sh.de oder: HEMPELS, Schaßstraße 4, 24103 Kiel. Einsendeschluss ist der 30.9.2009. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen.

Gewinne

3 x je eine Musik-CD

Im August war das kleine Sofa auf Seite 19 versteckt. Die Gewinner werden im Oktober veröffentlicht.

Im Juli haben gewonnen: Gerd und Doris Siefert (Nordstrandischmoor), Ingrid Begas (Kiel) und Maike Jens (Kiel) je eine Kinofilm-DVD.

Impressum

Herausgeber des Straßenmagazins

HEMPELS e. V.,
Schaßstraße 4, 24103 Kiel,
Tel.: (04 31) 67 44 94; Fax: 6 61 31 16
E-Mail: vorstand@hempels-sh.de

Redaktion

Peter Brandhorst (V.i.S.d.P.)
redaktion@hempels-sh.de

Mitarbeit

Ulrike Fetkötter, Karin Lubowski, Eckehard Raupach, Anna Siebert, Dieter Suhr, Carsten Wulf, Oliver Zemke

Layout

Nadine Grünewald

Basislayout

forst für Gestaltung, Melanie Homann

HEMPELS in Flensburg

Johanniskirchhof 19, Tel.: (04 61) 4 80 83 25
E-mail: flensburg@hempels-sh.de

HEMPELS in Husum

E-Mail: nordfriesland@hempels-sh.de

HEMPELS in Lübeck

Triftstraße 139-143, Tel.: (04 51) 4002-198
E-Mail: luebeck@hempels-sh.de

HEMPELS im Internet

www.hempels-sh.de

Geschäftsführer

Reinhard Böttner
verwaltung@hempels-sh.de
Vereinsvorstand
Jo Tein (1. Vors.); Ilse Oldenburg,
Catharina Paulsen

Anzeigen, Fundraising

Hartmut Falkenberg
anzeigen@hempels-sh.de

Sozialdienst

Catharina Paulsen
sozialdienst@hempels-sh.de

Verkäuferbetreuer

Joachim Osterburg, Tel.: (04 31) 6 61 31 17

HEMPELS-Café

Schaßstraße 4, Kiel, Tel.: (04 31) 6614176

Druck

evert druck
Haart 224, 24539 Neumünster

Geschäftskonto HEMPELS

Kto. 316 300 bei der EDG, BLZ 210 602 37

Spendenkonto HEMPELS

Kto. 1 316 300 bei der EDG
BLZ: 210 602 37

HEMPELS e.V. ist als gemeinnützig anerkannt: Finanzamt Kiel Nord unter der Nr. GL 4474

HEMPELS Straßenmagazin ist Mitglied im Internationalen Netzwerk der Straßenzeitungen sowie im forum sozial e.V.





4 KAPITÄN STEFAN SCHMIDT

Er rettete im Mittelmeer 37 Menschen vor dem Ertrinken, dafür steht er in Italien als Schlepper vor Gericht. Stefan Schmidt über Bootsflüchtlinge und den Prozess gegen ihn ab Seite 4.



18 SO WÄHLEN DIE VERKÄUFER

Am 27. September wird in Schleswig-Holstein der Landtag neu gewählt. Wir wollten schon mal wissen, für wen unsere Verkäufer stimmen werden. Das Umfrageergebnis ab Seite 18.



26 AUF DEM SOFA

Seit gut einem Jahr gehört Frank Schmidt in Kiel zu unseren fest angestellten Verkäufern. Welche Bedeutung dieser Job für ihn hat und was sich seither für ihn verändert hat ab Seite 26.

Titel

- 4 Interview: Der frühere Cap-Ana-mur-Kapitän Stefan Schmidt über die Not von Bootsflüchtlingen und die Reaktion von Behörden

Schleswig-Holstein Sozial

- 8 Meldungen
- 9 Raupachs Ruf
- 10 Die Menschen haben die Wahl – Fragen an Schleswig-Holsteins Politiker
- 18 So wählen HEMPELS-Verkäufer
- 20 Meldungen

Kunst

- 22 Serie über Kunst im Norden

Auf dem Sofa

- 26 Frank Schmidt, festangestellter Verkäufer: „Endlich wieder sein eigener Herr sein können“

Rubriken

- 2 Wir über uns
- 2 Impressum
- 20 Service: Mietrechtskolumne; Hartz-IV-Urteile
- 24 CD-Tipps
- Buchtipp
- Kinotipp
- 25 Veranstaltungen
- 28 Chatroom
- 30 Sudoku;
- Karikatur
- 31 Satire: Scheibners Spot

Titelfoto: Holger Kröger

Wegen umfassender Berichterstattung zur bevorstehenden Landtagswahl entfallen in diesem Heft die **Literaturseiten**. Im Oktober werden wir weitere literarische Texte bekannter Autor/innen veröffentlichen.



„Niemand weiß, wie viele ertrinken“

Stefan Schmidt über Bootsflüchtlinge und den Prozess gegen ihn

Im Sommer 2004 rettete der Lübecker Stefan Schmidt als Kapitän der Cap Anamur 37 afrikanische Flüchtlinge im Mittelmeervor dem Ertrinken. Dafür steht er mit zwei weiteren Angeklagten in Italien wegen Schlepperei vor Gericht. Die mehrmals aufgeschobene Urteilsverkündung soll am 7. Oktober sein. Die Internationale Menschenrechtsliga hat dem „Schlepper“ derweil für seine humanitäre Hilfe die Carl-von-Ossietzky-Medaille zuerkannt.

„Unsere Aufgabe war, Menschen vor dem sicheren Ertrinken zu retten“: Kapitän Stefan Schmidt (auf dem Foto re.) steht zusammen mit Elias Bierdel, dem früheren Chef der Cap-Anamur-Hilfsorganisation (li.), in Italien wegen Schlepperei vor Gericht.

> Stefan Schmidt, die Urteilsverkündung ist wieder mal verschoben. Wie geht es Ihnen damit?

Es nervt. Man hat das Verfahren ständig im Kopf. Auch, wenn wir und unsere Anwälte sagen, dass uns von Rechts wegen nichts passieren kann: Sicher sind wir erst, wenn das Urteil gesprochen ist.

Der Staatsanwalt ist zumindest von seinem Vorwurf der bandenmäßigen Schlepperei in einem besonders schweren Fall abgerückt. Statt ursprünglich zwölf Jahren Haft fordert er nun je vier Jahre und 400 000 Euro Geldstrafe für Sie und den früheren Chef der Hilfsorganisation, Elias Bierdel. Nur der Erste Offizier wäre aus dem Schneider.

Wir akzeptieren überhaupt keine Strafe, weil wir keine Straftat begangen haben. Im Gegenteil. Ich habe getan, wozu ein Kapitän verpflichtet ist.

Was wäre die Alternative zur Rettungsaktion gewesen?

Es gab und gibt keine. Als wir die 37 Männer in ihrem Schlauchboot gesehen haben, war schnell klar, dass es sich nicht um Männer von der nahen Ölplattform bei einem Ausflug handelte. Dass das Boot Luft verlor und der Motor qualmte, war beim Näherkommen nicht zu übersehen. Außerdem schwenkten sie einen Pullover – ein klarer Hilferuf. Sie waren ohne Wasser und Lebensmittel. Wenn wir sie nicht aufgefischt hätten, wären sie gestorben und ich wäre in Deutschland wegen unterlassener Hilfeleistung bis zu drei Jahre ins Gefängnis gewandert.

Gibt es Kapitäne, die nicht helfen?

Wir wissen von Fällen, in denen Seeleute lieber weggucken, weil sie von Anklagen gegen Kapitäne abgeschreckt werden, die gerettet haben. Immerhin ist Fischern in Italien per Gesetz verboten, Flüchtlinge aufzufischen. Wenn die jemanden sehen, der untergeht, dann sollen sie die Küstenwache rufen. Das allerdings kann Stunden dauern.

Und dann?

Dann sind sie weg – abgetrieben, verdurstet, ertrunken. Niemand weiß, wie viele Menschen jedes Jahr bei ihren Fluchtversuchen übers Meer sterben.

Sie haben 37 Flüchtlinge an Bord geholt. Was sollte dann geschehen?

Die Cap Anamur war auf dem Weg entlang der afrikanischen Küste Richtung Irak. Natürlich sollten die Geretteten so

schnell wie möglich im nächst gelegenen Hafen an Land gebracht werden. So ist das üblich. Weil der nächst gelegene Hafen, Lampedusa, zu klein für uns war, wurde uns von Land aus gesagt: Fahrt nach Agrigent oder Porto Empedocle. Erst schien alles klar, dann wurde uns das Einlaufen tagelang verweigert. Schließlich durften wir doch nach Porto Empedocle – um dann verhaftet zu werden. Die Afrikaner kamen bis auf zwei in Abschiebehaft.

Warum?

Alle hatten angegeben, aus dem sudanesischen Bürgerkriegsgebiet Dafur und damit Kriegsflüchtlinge zu sein. Wir haben die Angaben weitergegeben. Wir haben also mitgeteilt, dass die Flüchtlinge sagen, sie seien aus Dafur. Nach italienischen Angaben hatten aber nur zwei die Wahrheit gesagt. Die durften dann bleiben.

Klingt kompliziert.

Ist aber ganz einfach. Papiere hatte keiner, wir konnten die Angaben nicht überprüfen. Das war auch nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe war es, die Männer vor dem sicheren Tod zu retten.

Haben Sie gewusst, weshalb Sie eingesperrt werden?

Nein, nicht wirklich.

In Deutschland und vor Gericht in Agrigent wurde Ihnen und Bierdel vorgeworfen, sie hätten die Rettungsaktion medienwirksam eingesetzt, um auf sich und den Verein Cap Anamur aufmerksam zu machen.

Dazu ist mir schon damals nichts eingefallen. Das ist schlichtweg Quatsch.

Weiß man denn, wie viele Menschen übers Meer fliehen und wie viele dabei sterben?

Ja, aber es sind nur Vermutungen. Wenn ein Boot aufgegriffen wird und die Leute berichten, dass sie mit zwei Booten gestartet sind und das zweite weg ist, wenn Tote an Land gespült werden, wenn Flüchtlinge erzählen, dass unterwegs der Nebenmann über Bord gegangen ist... Man rechnet, dass für jeden, der ankommt, ein zweiter tot ist. Aber das sind bloß Vermutungen, wir wissen nicht, wie viele losfahren. Allein die spanischen Behörden gehen davon aus, dass 2006 nur vor den Kanaren rund 6000 Menschen gestorben sind.



Ein Hilfsschiff wird „abgeführt“:
Die Cap Anamur 2004 nach der
Rettungsaktion und einer wochen-
langer Irrfahrt beim Einlaufen in
den italienischen Hafen.

Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Mittelmeer Boote unbemerkt übersetzen?

Das kann eigentlich nicht gelingen. Als die Cap Anamur 2004 im Mittelmeer war, wurden wir täglich mehrmals von Kriegsschiffen abgefragt und tief von Flugzeugen überflogen. Einer sicheren Quelle zufolge wird das gesamte Mittelmeer von Satelliten beobachtet.

Das heißt, wenn Flüchtlinge sich an Afrikas Küsten zu Tausenden dem Meer anvertrauen ...

... kann das auf keinen Fall unbemerkt bleiben.

Ist dieser Umgang mit der Flüchtlingsproblematik ein italienisches Phänomen?

Nein. Griechenland zum Beispiel ist noch viel schlimmer. Da guckt bloß keiner hin.

Warum haben die italienischen Behörden ausgerechnet auf ein deutsches Hilfsschiff so heftig reagiert, dass Kapitän, Erster Offizier und Leiter der Hilfsorganisation gleich in Untersuchungshaft genommen wurden?

Das frage ich mich bis heute. Als wir nach einer Woche freikamen, hatten der damalige deutsche Innenminister Otto Schily und sein italienischer Amtskollege jedenfalls schon von einem „gefährlichen Präzedenzfall“ gesprochen, den es zu verhindern gelte.

Wurden Sie von der deutschen Botschaft unterstützt?

Nein.

Wer hat sich dann um einen Anwalt gekümmert?

Die Hilfsorganisation Cap Anamur, die inzwischen fünf Anwälte bezahlt. Dieses Geld wäre anderswo dringend nötig. Wenn am 7. Oktober hoffentlich ein Urteil gesprochen wird, hat der Prozess zwei Jahre und elf Monate gedauert.

Kaum zu glauben, dass die Anklage nicht doch etwas in der Hand hatte.

Ist aber so. Kein einziger Vorwurf hat sich erhärtet. Übrigens hatte das Hamburger Institut für Internationales See- und Handelsrecht längst festgestellt, dass der Kapitän alles richtig gemacht hat. Und der Staatsanwalt fühlt sich offensichtlich auch nicht wohl in seiner Haut. In seinem Plädoyer hat er uns hoch gelobt. Und als er zum Schlusspunkt „Strafmaß“ kam, meinte er, das müsse ja nun leider sein, hat die Unterlagen seiner Assistentin in die Hand gedrückt und den Raum verlassen.

Menschenrechtsorganisationen bestätigen Ihnen ohnehin, alles richtig gemacht zu haben. Sie wurden mit dem Menschenrechtspreis der Stiftung Pro Asyl geehrt und im Herbst erhalten Sie mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte einen der wichtigsten deutschen Menschenrechtspreise.

Dadurch wollen die Organisationen auf das eigentliche Problem aufmerksam machen: Dass mit dem Prozess in Italien versucht wird, humanitär gebotenes Handeln zu kriminalisieren.

hat von 1958 bis 1977 rund um die Welt „alles gefahren“ – vom Tanker bis zum Massengutfrachter. Seit dem Ende seiner Kapitänslaufbahn lehrt Schmidt Schiffssicherheit an der Schleswig-Holsteinischen Seemannsschule in Travemünde. 2004 heuert der heute 67 Jahre alte Lübecker als Kapitän auf der Cap Anamur an, dem ersten und bis heute einzigen Schiff der gleichnamigen Hilfsorganisation, um Hilfsgüter nach Westafrika und Irak zu bringen. Im Sommer trifft die Cap Anamur zwischen Malta und Lampedusa auf ein marodes Boot mit 37 Flüchtlingen. Schmidt ordnet die Rettung an, die weltweit für Aufsehen sorgt. Zusammen mit Erstem Offizier und dem Chef der Hilfsorganisation wird der Kapitän in italienische Untersuchungshaft genommen und zwei Jahre später wegen Schlepperei vor Gericht gestellt. Heute hat Schmidt die Sache der Bootsflüchtlinge zu seiner eigenen gemacht. Er ist Mitbegründer des Vereins „borderline europe“ und hält deutschlandweit Vorträge über die Not der Flüchtlinge. Im Dezember wird er mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet.

Inzwischen hat ja auch die Lübecker Bürgerschaft eine Protestresolution in Ihrem Sinne verabschiedet.

Ja – einstimmig. Das freut uns genauso wie Unterschriftenaktionen und Unterstützung von Leuten wie Wolfgang Thierse, Björn Engholm, Günter Grass.

Wünschen Sie sich nicht manchmal, Sie wären nie in diese Situation gekommen?

Ich habe mir manchmal gewünscht, auf mehr Menschen mit Sachverstand und ausgeprägterem Gewissen zu treffen. Die Situation ist, wie sie ist.

Haben Sie sich in den vergangenen fünf Jahren verändert?

Als ich 2004 auf der Cap Anamur anheuerte, war ich nicht mal Vereinsmitglied, nur Kapitän. Plötzlich fand ich mich mitten in der Flüchtlingsproblematik wieder. Aber je tiefer ich da hineingeriet, umso mehr interessierten mich die Hintergründe. Deshalb haben Elias Bierdel und ich den Verein „borderline europe“ gegründet – als Gegenwehr gewissermaßen. Wir haben gesagt: Wenn ihr guckt, was wir an der Grenze gemacht haben, dann gucken wir auch mal.

Interview: Karin Lubowski
Fotos (2): dpa – picture alliance

Zwei Fälle:

Wie Flüchtlinge an Europas Grenzen scheitern

Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas – bis Ende 2008 über 900 allein in der griechisch-türkischen Ägäis. Das Internet-Portal www.borderline-europe.de sammelt darüber Nachrichten. Die folgende stammt vom 7. August 2009 aus „turkishpress“ und beschreibt die Irrfahrt von 47 palästinensischen, afghanischen und burmesischen Flüchtlingen. Sie waren von Mittelsmännern an einen ihnen unbekanntem Küstenort in der Türkei gebracht worden, um von dort aus ihre Flucht in den EU-Staat Griechenland fortsetzen zu können. Auf der griechischen Insel Lesbos angekommen, wurden sie von der Küstenwache aufgegriffen und wieder aufs offene Meer herausgefahren. Erneut zurück kurz vor türkischen Seegewässern seien sie aufgefordert worden, die restliche Strecke an Land zu schwimmen. Dort seien sie von türkischer Gendarmerie aufgegriffen worden, die den Vorfall jetzt untersuche.

Laut www.borderline-europe.de berichten türkische Medien zurzeit über ein ähnliches Ereignis von vor drei Jahren. Auch damals seien 31 Flüchtlinge von griechischen Behörden aufgegriffen und zur Türkei zurückgebracht worden, wo sie 300 Meter vor der Küste im Wasser abgesetzt wurden. Damals seien sechs Flüchtlinge ertrunken, die nicht schwimmen konnten.

Alkoholverbot

Gericht: Im Freien darf getrunken werden

Die Stadt Freiburg ist mit dem Versuch gescheitert, den Konsum von Alkohol im Freien zu verbieten. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hob Ende Juli ein vor gut anderthalb Jahren von Polizei und Stadtverwaltung für den Innenstadtbereich formuliertes und für Wochenenden und Feiertage geltendes Verbot wieder auf (Az.: 1 S 2200/08 und 1 S 2340/08). Ein Alkoholverbot verstöße gegen Freiheitsgesetze, so die Richter. Eine entsprechende Verordnung sei nur mit dem Nachweis zulässig, dass alle auf öffentlichen Flächen Alkohol trinkenden Menschen gewalttätig würden und von ihnen eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgehe. Das sei jedoch nicht der Fall. Vom Gericht wurde außerdem der sogenannte Randgruppentrinkerparagraf gekippt, wonach im gesamten Stadtbereich der dauerhafte Aufenthalt auf öffentlichen Flächen zum ausschließlichen oder überwiegenden Zweck des Alkoholtrinkens verboten war. Das sei zu unbestimmt. Der Freiburger Versuch, Alkoholtrinken im Freien per Verordnung zu verbieten, war deutschlandweit mit großem Interesse verfolgt worden. Viele Städte hatten bereits ähnliche Pläne entwickelt und warteten nur auf eine gerichtliche Überprüfung des Freiburger Vorgehens. Eine Revision gegen das Urteil

wurde vom Gericht nicht zugelassen. Baden-Württembergs Innenminister Rech (CDU) kündigte nach dem Urteil eine Änderung des Polizeigesetzes an, damit Kommunen künftig doch noch Alkoholverbote auf städtischen Plätzen aussprechen können. Vom Koalitionspartner FDP kam dazu heftiger Protest.

Armut

Kinder: Bündnis für Armutsschutz als Verfassungsauftrag

Jedes siebte Kind lebt in Deutschland in Armut, alleine in Schleswig-Holstein sind 81.000 unter 18-Jährige auf Sozialgeld angewiesen. Diese Kinder haben im Vergleich zu anderen Minderjährigen oft einen schlechteren Zugang zu Bildung oder ärztlicher Versorgung. Ein Sozialbündnis aus AWO, Kinderschutzbund und Sozialverband SoVD fordert deshalb, Kinderrechte in die Landesverfassung und ins Grundgesetz aufzunehmen und den Schutz vor Armut als Verfassungsauftrag zu formulieren. Mit der Volksinitiative „Kinderrechte stärken – Armut bekämpfen“ wurden die notwendigen 20.000 Stimmen bereits gesammelt. Zur Sicherheit werde man aber bis Oktober weitere Stimmen sammeln, so ein Sprecher des SoVD. (-as)

Aktionsbündnis gegen Mangelernährung bei Hartz IV

Ein Aktionsbündnis verschiedener Sozialforen hat vor der Bundestagswahl eine Kampagne gegen Mangelernährung bei Hartz-IV-Beziehern gestartet. Mit einer Unterschriftensammlung und Briefen an alle Bundestagsabgeordneten wird eine sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes auf monatlich 500 Euro gefordert. Im derzeitigen Satz von 359 Euro sei ein täglicher Betrag von 3,94 Euro für Ernährung und nicht-alkoholische Getränke vorgesehen. Dieser Betrag reiche für eine gesunde Ernährung nicht aus. (www.500-euro-eckregelsatz.de)

Bischöfin Jepsen: Lebensmitteltafeln sind „Alarmsignal“

Nach den Worten der für den Sprengel Hamburg-Lübeck zuständigen Bischöfin Maria Jepsen ist es ein „Alarmsignal“, dass immer mehr Menschen auf Lebensmittelspenden der Tafeln angewiesen sind. „In unserer Gesellschaft wachsen die Inseln der Armut, während daneben Millionensummen an Bonuszahlungen fließen“, so Jepsen bei einem Besuch der Lübecker Tafel. Dieser enorme Gegensatz gefährde den sozialen Frieden. Zugleich sei es ermutigend, dass sich so viele Menschen ehrenamtlich gegen Armut und Hunger einsetzen. Gemeinsinn und christliche Solidarität seien in der Krise umso wichtiger. Gegenwärtig werden in Lübeck rund 1.750 Menschen von der Tafel versorgt. Rund 200 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen sind hier tätig. (epd)

KONSEQUENT SOZIAL!

In den Landtag gehört endlich eine Partei, die gegen Armut und Sozialabbau, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit eintritt. Deshalb am 27. September DIE LINKE wählen.

www.die-linke-schleswig-holstein.de

DIE LINKE.



„Sammeln Sie ruhig ‚Give-aways‘, aber prüfen Sie die Programme der Parteien“

Anmerkungen zu politischen Themen Von Eckehard Raupach

> Es ist die Zeit der Sammler: Wie einst Botaniker mit dem Netz Schmetterlinge einfingen, sammeln jetzt alle Parteien Stimmen für die Bundes- und Landtagswahlen am 27. September. Beliebtes Lockmittel sind die „Give-aways“. Mein Tipp: Sammeln Sie alles – Kugelschreiber, Luftballons, Liederbücher, Kochrezepte, Teebeutel und Süßigkeiten. Lieblingsstück meiner Sammlung ist ein gelbes Staubtuch mit dem Aufdruck: „Die kluge Hausfrau wählt CDU“. Die frühere Bundestagsabgeordnete Irma Tübler schenkte es mir 1969. Sie war bekannt für witzige Versprecher; so nannte sie den Rüstungskonzern Krauss-Maffei einmal „Krauss-Mafia“. Über kleine Versprecher darf man lachen; bei falschen Versprechungen der Parteien vergeht dem Wähler das Lachen. Deshalb: Sammeln Sie unkritisch alle „Give-aways“. Aber prüfen Sie kritisch die Glaubwürdigkeit der Wahlaussagen der Parteien und fragen Sie sich: Was ist mir für die Zukunft wichtig?

Neben der sozialen Gerechtigkeit steht für mich die Bildung ganz oben. Gute Bildung für alle ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit in Zukunft, und ohne gute Bildung ist die Chance auf gute Arbeit gering.

Deshalb möchte ich, dass jedes Kind unter drei Jahren einen Platz in der vorschulischen Betreuung findet, sobald die Eltern dies wünschen. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sollte jedes Kind die Chance haben, ganztags in einer Kindertagesstätte betreut zu werden. Zumindest ein Jahr Kita-Besuch sollte zur Pflicht werden. Die Ausbildung (und die Bezahlung) der Erzieher muss verbessert, die Gruppenstärke gesenkt werden. Ganztagschulen, wie überall in Europa, sollen in Deutschland die Regel sein. Dafür muss sich die Schule verändern – in Zukunft müssen Sozialpädagogen, Logopäden, Heilpädagogen und Lehrer gleichberechtigt zusammenarbeiten; Vereine sollen in das Schulleben einbezogen werden. Statt einer Ausorterschule brauchen wir eine gemeinsame Schule für alle, die sowohl die Schwachen als auch die Starken gezielt unterstützt. Das verringert die Zahl der Schulabbrecher, erhöht die Abiturientenzahl.

Die Berufsschule fristet ein Mauerblümchendasein. Dabei ist sie nicht nur Begleiterin bei der Ausbildung, immer häufiger

ist sie Ort des Schulabschlusses. Sie ist besonders zu fördern, auch durch kleine Klassen.

Hochschulen sind Orte der freien Forschung; Geld aus der Wirtschaft ist hilfreich, darf aber die Freiheit der Forschung nicht beeinträchtigen. Hauptaufgabe der Hochschule ist die Lehre, die Ausbildung junger Menschen. Die Strukturen müssen verbessert werden, auch um die hohe Studienabbrecherquote zu reduzieren. Und wer an der Uni lehrt, muss auch Lehrerqualitäten haben.

Von der vorschulischen Betreuung bis zur Hochschule soll Bildung kostenfrei sein für den, der Bildung sucht. Mehr Geld in ein besseres Bildungssystem zu investieren, hilft Kindern und Eltern am meisten.

Wer meinen Vorstellungen zur Bildungsreform glaubwürdig am nächsten kommt, darf auf meine Stimme hoffen. Trost für alle anderen: Ich sammle allerorten wieder „Give-aways“. <

Die Menschen haben die Wahl

Parallel zur Bundestagswahl findet am 27. September in Schleswig-Holstein auch die Landtagswahl statt. Dazu hat HEMPELS acht soziale Wahlprüfsteine formuliert und die Spitzenkandidaten der fünf bisher im Parlament vertretenen Parteien sowie Der Linken um Stellungnahmen gebeten.

Arbeit statt Ein-Euro-Jobs

Besonders Langzeitarbeitslose finden kaum noch Zugang zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Die – befristeten – Ein-Euro-Jobs bieten keine Perspektive. Welche Möglichkeiten sehen Sie, über Bundesratsinitiativen gestaltend einzugreifen?

Peter Harry Carstensen, CDU: Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass es für Unternehmen noch attraktiver wird, Langzeitarbeitslose oder Ein-Euro-Jobber vermehrt einzustellen. Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte 2005 wurden fast 50.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen – ein großer Erfolg. Hierzu gehört, flächendeckende Mindestlöhne zu vermeiden. Sie würden Menschen mit weniger ausgeprägtem Qualifikationsprofil und geringerer Produktivität die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses erschweren.

Ralf Stegner, SPD: Langzeitarbeitslosigkeit kann nur durch enge Verknüpfung von Arbeitsvermittlung, Fallmanagement und sozialintegrativen Maßnahmen bekämpft werden. Da Alleinerziehende besonders stark betroffen sind, müssen sie bei der Vermittlung in existenzsichernde Arbeit Priorität haben. Für das Zusammenwirken der Arbeitsagentur und der Kommunen braucht es unbedingt eine verfassungskonforme Lösung, die bisher von der CDU blockiert worden ist. Hier muss es – vielleicht auch über eine Bundesratsinitiative –

kurzfristig zu einer klaren Regelung für Kooperation und zu gemeinsamer Verantwortung kommen.

Wolfgang Kubicki, FDP: Wir wollen mit Einführung eines Bürgergeldes zielgenau helfen. Es ermöglicht selbstbestimmtes Leben und menschenwürdiges Einkommen, fördert die Aufnahme einer eigenen Tätigkeit und bietet gleichzeitig Unternehmen Anreize, Arbeitsplätze auch für gering Qualifizierte zu schaffen. Bürgergeld wirkt wie eine negative Einkommenssteuer: Unterhalb eines monatlichen Einkommens von 1.500 Euro zahlt der Staat etwas dazu. Zuschüsse sind so gestaffelt, dass das Gesamteinkommen mit dem Arbeitseinkommen steigt und sich auch Arbeit zu niedrigen Löhnen wieder lohnt. Ergänzend sollen Langzeitarbeitslose mit Qualifikationsdefiziten durch mittel- und langfristige Bildungsangebote gezielte Förderung erhalten.

Monika Heinold, Bündnis 90/Grüne: Unser Ziel ist, allen Menschen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen. Dazu wollen wir die für Hartz IV zur Verfügung stehenden Mittel in Lohnkostenzuschüsse umwandeln, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Hier haben die Kommunen schon jetzt mehr Möglichkeiten als sie bisher nutzen. Die Arbeitsvermittlung muss kommunalisiert werden, weil den Menschen vor Ort besser geholfen werden kann als durch eine Bundesagentur. Das schließt nicht aus, dass auch überregionale Vermittlung und Weiterbildungsangebote weiterhin organisiert werden müssen.



Fotos (2): Dieter Suhr

Peter Harry Carstensen (CDU, li.) will Ministerpräsident bleiben, Ralf Stegner (SPD, re.) tritt bei der Landtagswahl als sein Herausforderer an.

Anke Spoorendonk, SSW: Ein-Euro-Jobs müssen dort abgebaut werden, wo sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefährden, wo die Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind und wo sie keine längerfristige berufliche Perspektive beinhalten. Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik nach dänischem Vorbild, die noch viel mehr auf individuelle Bildung und Qualifizierung setzt und auf den regionalen Arbeitsmarkt abgestimmt ist. Die Standardmaßnahmen der Arbeitsagentur erfüllen diese Anforderungen viel zu häufig nicht. Deshalb fordern wir eine Bundesratsinitiative zur Entfristung des sogenannten „Optionsmodells“: Städte, Kreise und Kommunen sollen frei entscheiden können, wie sie die Arbeitsmarktpolitik vor Ort gestalten wollen.

Antje Jansen, Die Linke: Ein-Euro-Jobs müssen abgeschafft und durch öffentlich geförderte Beschäftigung ersetzt werden, wie es im Land Berlin von der Linken initiiert wurde. Im Gegensatz zu Ein-Euro-Jobs müssen sie sozialversicherungspflichtig, rechtlich abgesichert und freiwillig sein sowie einen Arbeitsvertrag vorweisen.

Hartz-IV-Regelsatz erhöhen

Der Hartz-IV-Regelsatz beträgt seit dem 1. Juli 359 Euro. Glauben Sie, dass dieser Betrag ausreichend ist? Oder werden Sie eine Bundesratsinitiative starten mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung?

Carstensen, CDU: Der Regelsatz beschreibt das Leistungsspektrum von ALG II ja nicht in vollem Umfang. Durchschnittlich erhält jeder ALG-II-Haushalt 834 Euro, Familien sogar 1170 Euro. Uns ist bewusst, dass bei solch einem Betrag jeder an seine Grenzen stößt, auch die Kinder-, Familien- und Altersarmut müssen wir im Blick behalten. Aber zugleich muss das Lohnabstandsgebot gewahrt werden. ALG-II-Sätze müssen daher so gestaltet werden, dass sich Arbeit weiterhin lohnt. Die CDU steht dafür ein, dass wir die Regelsätze regelmäßig an die Teuerungsrate und die wirtschaftliche Situation anpassen.

Stegner, SPD: Unser Ziel ist, dass alle Menschen mit ihrem Einkommen und ihren Löhnen am erwirtschafteten Mehrprodukt gerecht teilhaben. Arbeit in Schleswig Holstein soll gute Arbeit sein. Wer voll arbeitet, muss vom Entgelt einen angemessenen Lebensunterhalt bestreiten können. Auf Bundesebene muss es bei der Neubemessung der Sozialhilfe sowie des Hartz-IV-Regelsatzes vor allem zu einem eigenen kindergerechten Regelsatz kommen.



Wolfgang Kubicki,
Landtagsspitzen-
kandidat der FDP.

Kubicki, FDP: Die FDP will ein Bürgergeld statt Hartz IV. Darin werden das ALG II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst. Der Anspruch für Alleinstehende ohne Kinder soll im Bundeschnitt 662 Euro betragen. Zusätzliche Pauschalen werden bei Nichterwerbsfähigkeit, für Ausbildung oder bei Behinderung gewährt.

Heinold, Grüne: Der bisherige Hartz-IV-Satz reicht weder für Existenzsicherung noch für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb fordern wir eine existenzsichernde Grundsicherung, die es mit der Selbstbestimmung und Würde von Menschen ohne Arbeit und in sonstigen Notlagen ernst nimmt. Als Sofortmaßnahmen wollen wir die Regelsätze für Erwachsene auf zunächst 420 Euro erhöhen. Dafür werden wir uns mit einer Bundesratsinitiative einsetzen. Außerdem fordern wir eine Kindergrundsicherung, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben. Der Staat muss alles tun, um sie aus der Armut herauszuholen.

Spoorendonk, SSW: Der Betrag ist nicht ausreichend, zumal Kosten wie Mieten und Nebenkosten teilweise auch noch angerechnet werden. Der SSW setzt sich dafür ein, dass nach skandinavischem Vorbild Anspruch auf eine ausreichende Absicherung besteht. Arbeitslosigkeit darf nicht automatisch sozialen Abstieg bedeuten. Eine Gesellschaft, die dies zulässt, ist unsolidarisch. Der SSW hat Initiativen im Landtag eingebracht, um über den Bundesrat die Situation für Hartz-IV-

Empfänger zu verbessern. Wir sind aber bisher immer an der CDU/SPD-Koalition gescheitert. Wir bleiben dran.

Jansen, Linke: Wir unterstützen den Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände für eine sofortige Anhebung der Regelsätze auf 500 Euro. Danach soll der Satz Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Perspektivisch setzen wir statt auf Hartz IV auf die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung, die Armut verhindert und Bürgerrechte der Betroffenen achtet.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Beziehern von Hartz IV steht immer weniger bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung. Mit dem zum 1. Juli in Kraft getretenen Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetz fallen landesweit demnächst weitere Tausende Wohnungen aus den Sozialbindungen. Unterstützen Sie die Forderung von Mieterorganisationen, dass der Sozialwohnungsbestand auf 120.000 mietpreisgebundene Wohnungen aufgestockt werden muss?

Carstensen, CDU: Unsere Förderpolitik soll in den städtischen Quartieren einen Mindestbestand von Sozialwohnungen zu tragbaren Mieten gewährleisten. Das ist ungemein wichtig. Staatliche Wohnraumförderung hat zwar nicht die Aufgabe, den Bedarf vollständig zu befriedigen, wohl aber,

den Wohnungsmarkt insgesamt sozial zu gestalten. Der Staat muss das Marktgeschehen korrigieren, wenn das Gemeinwohl und die Notwendigkeiten der Daseinsvorsorge für breite Schichten der Bevölkerung gefährdet sind. Das neue Wohnraumförderungsgesetz bietet eine gute Grundlage, um der gestiegenen Notwendigkeit von baulichen und sozialen Maßnahmen als Grundlage angemessener Wohnraumversorgung Rechnung zu tragen.

Stegner, SPD: Wir wollen jenen, die sich nicht aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum versorgen können, den Zugang zu preiswerten und qualitativ hochwertigen Wohnungen auch zukünftig ermöglichen. Der Wohnungsbau der Zukunft muss sich an den differenzierten Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren mit mehr altersgerechten Wohnungen, mit Wohnraum für neue Lebensformen und an der Bezahlbarkeit. Denn Wohnen ist nur dann sozial, wenn neben preiswerten Wohnraum auch das Wohnumfeld lebenswert ist. Dafür liefert das Wohnraumförderungsgesetz einen neuen Ansatz und verzahnt Wohnungsbau mit Städtebaupolitik. Wichtig ist, die Höhe der Nebenkosten im Blick zu haben. Mit dem neuen Gesetz ist auch die Forderung an die Wohnungseigentümer verbunden, über die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes die hohen Energiekosten deutlich zu senken, mit denen ja Hartz-IV-Empfänger voll belastet werden.

Kubicki, FDP: Die FDP will nicht Steine fördern, sondern die betroffenen Menschen. Anstatt den Betroffenen indirekt vorzuschreiben, wo sie zu wohnen haben, sollen sie sich aussuchen können, wo sie zu welchen Bedingungen wohnen wollen. Das Wohnen ist in Schleswig-Holstein unterschiedlich teuer, deshalb werden regionale Besonderheiten bei den Kosten mit Zuschlägen beim Bürgergeld berücksichtigt. Damit können die Menschen entscheiden, wo sie zu welchem Preis wohnen.

Heinold, Grüne: Wir wollen nicht zurück zum klassischen Sozialwohnungsbau. Wir fordern, dass der Staat Belegungsrechte kauft, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies ermöglicht auch, dass Belegungsrechte gleichmäßig auf alle Stadtteile verteilt werden und dass alle Menschen in jedem Stadtteil die Chance auf eine günstige Wohnung erhalten.

Spoorendonk, SSW: Für den SSW ist es vor allem eine Aufgabe der öffentlichen Hand, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu garantieren. Hierbei kommen der kommunalen Ebene und dem Land besondere Verantwortung zu. Wohneigentum der öffentlichen Hand sollte nicht verkauft, sondern sinnvoll genutzt werden. Aufgrund der zunehmenden Zahl von 1- und 2-Personen-Haushalten müssen insbesondere kleinere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Jansen, Linke: Angesichts rund 300.000 von Hartz-Gesetzen betroffenen Menschen in Schleswig-Holstein ist das eine Minimalforderung. Weitere Zigtausende erhalten aus Arbeit oder Rente nur geringe Einkommen. Für uns gilt grundsätzlich: Niemand darf aus wirtschaftlichen Gründen aus dem angestammten sozialen Umfeld und der Wohnung vertrieben werden.

Im HEMPELS-Shop:



Die praktische HEMPELS-Umhängetasche:
Strapazierfähig, rot mit weißem HEMPELS-Aufdruck, 37 cm breit, 27 cm hoch, 10 cm tief. 1 gr. Fach hinten, 1 kl. Fach vorne, jeweils mit Reißverschluss. Mit Handytasche, Stiftfächer, Riemen verstellbar.

25 Euro*



Die HEMPELS-Baseballkappe:
Schwarz mit rotem HEMPELS-Schriftzug (gestickt).

15 Euro*

Bestellungen an:

HEMPELS, Schaßstr. 4, 24103 Kiel

Fax: (04 31) 6 61 31 16

E-Mail: verwaltung@hempels-sh.de

*Bei Versand zzgl. 5 Euro pauschal für Porto/Verpackung im Inland.

HEMPELS

Das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein



Monika Heinold tritt als Spitzenkandidatin für Bündnis 90/Grüne an.

Hilfen für psychisch kranke Wohnungslose

Wir beobachten, dass der Anteil psychisch Kranker unter Wohnungslosen steigt. Werden Sie sich für neue psychiatrische Hilfsangebote einsetzen, um diese Menschen besser erreichen zu können?

Carstensen, CDU: Psychiatrische Hilfsangebote müssen sich immer an den Bedürftigen orientieren. Daher unterstützt die CDU selbstverständlich weiterführende und passgenaue Angebote für psychisch kranke Wohnungslose.

Stegner, SPD: Wir wollen die regionale und wohnortnahe medizinische Versorgung der Menschen in allen Regionen weiter festigen. Dabei soll die hausärztliche Versorgung eine wesentliche Lotsenfunktion für die Verzahnung medizinischer, pflegerischer und sozialer Maßnahmen darstellen. Wir setzen uns für eine Landespsychiatrieplanung ein, die alle stationären, teilstationären und ambulanten Versorgungen von psychisch Kranken umfasst. Zudem brauchen wir Angebote für Selbsthilfegruppen und betreute Wohngemeinschaften für psychisch Erkrankte.

Kubicki, FDP: Eine von uns getragene Landesregierung wird sich dafür einsetzen, vorhandene Hilfsangebote besser zu vernetzen und Betroffenen leichter zugänglich zu machen.

Heinold, Grüne: Wir setzen uns für regionale ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen ein. Außerdem muss ihnen bei der Wohnungssuche geholfen werden. Und statt großer stationärer Einrichtungen muss das Netz dezentraler Wohnmöglichkeiten ausgebaut werden.

Spoorendonk, SSW: Nach Auffassung des SSW müssen die Angebote natürlich auch auf wohnungslose Personen zugeschnitten sein. Unter anderem, indem sie entsprechend niedrigschwellig sind. Dabei darf ein Hilfsangebot nicht daran scheitern, dass die Finanzierung nicht geklärt ist.

Jansen, Linke: Ja. Wohnungslose mit psychischen Krankheiten brauchen speziell zugeschnittene, niedrigschwellige Angebote. Gemeinsam mit Wohnungslosen-Organisationen sind die Situationen konkret zu analysieren und Vorschläge für folgende Bereiche zu entwickeln: Grundversorgung, Wohnungssicherung und -angebote sowie sinnvolle Kooperation der verschiedenen Hilfsangebote und deren Träger.

Hilfe für junge und weibliche Wohnungslose

Auch der Anteil wohnungsloser Frauen ist deutlich gestiegen, bei jungen Menschen ist vermehrt verdeckte Wohnungslosigkeit zu beobachten. Was kann für sie getan werden?

Carstensen, CDU: Gerade die verdeckte Wohnungslosigkeit macht uns Sorgen, denn sie kann zu neuen Abhängigkeiten führen, wenn soziale Beziehungen nur um des Schlafens- oder Essenswillen eingegangen werden. Sexuelle und psychische Gewalt kann die Folge sein. Daher kommen wir mit der bloßen Obdachlosenunterkunft nicht weiter, sondern brauchen Beratungsangebote, die zielgerichtet sind und die Problemlage ganzheitlich angehen. Hier müssen wir in Zukunft noch stärker werden.

Stegner, SPD: Preiswerter Wohnraum in lebenswertem Umfeld scheint mir auch hier zumindest Teil der Lösung zu sein. Nach dem neuen Wohnraumförderungsgesetz können Kommunen mit Kooperationsverträgen speziell auf Bedürfnisse einzelner Gruppen eingehen und Belegungs- und Mietpreisbindungen oder Gegenleistungen wie die Schaffung eines Jugend- oder Gemeinschaftsraumes oder Einstellung eines Sozialpädagogen vereinbaren. Damit können die unterschiedlichen Lebenssituationen berücksichtigt und für die jeweiligen Bedürfnisse angepasste Lösungswege vereinbart werden.

Kubicki, FDP: Die FDP will mittels des Bürgergeldes auch diese Betroffenen besser erreichen. Bei einer individuellen Förderung werden auch Frauen und junge Menschen erreicht.

Heinold, Grüne: Damit junge Menschen eine Wohnung finden, ist es notwendig, dass sie einen Schulabschluss erwerben und eine Ausbildung machen. Dann haben sie die Chance auf eine Arbeitsstelle und auf ein Einkommen. Deshalb setzen wir uns für Gemeinschaftsschulen mit individueller Förderung ein und für das Recht auf einen Ausbildungsplatz für alle Jugendlichen. Um insbesondere jungen weiblichen Wohnungslosen zu helfen fordern wir, dass die Beratungsstellen für Mädchen und Frauen auch weiterhin gefördert werden. Außerdem müssen auch Jugendliche unter 25 Jahren wieder einen eigenen Anspruch auf eine Wohnung erhalten.

Spoorendonk, SSW: Es müssen besonders kleinere Wohnungen zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist es unakzeptabel, dass Personen bis zu einem Alter von 25 Jahren keinen Anspruch auf eine eigene Wohnung haben. Bei ihnen ist die Gewährung von Sozialleistungen vom Einkommen der Eltern abhängig. Unter solchen Bedingungen bleibt für viele nur die Wohnungslosigkeit.

Jansen, Linke: Zunächst sind jene gesetzlichen Bedingungen zu korrigieren, die die Wohnungslosigkeit befördern. Hartz IV muss grundsätzlich reformiert werden, die „Stallpflicht“ für junge Menschen gehört abgeschafft. Das Recht auf Wohnen ist als soziales Grundrecht im Grundgesetz zu verankern. Die Wohnungslosenhilfe als soziales Angebot ist zu stärken.

Die Straßen müssen allen gehören

Vor allem in Städten kommt es öfter zu Problemen, wenn Obdachlose, Suchtkranke oder „Bettler“ im öffentlichen Raum als störend empfunden werden. Werden Sie sich gegen Vertreibungen einsetzen? Für wie wichtig halten Sie Initiativen wie die von HEMPELS, diesen Menschen Schutzräume anzubieten?

Carstensen, CDU: Platzverweise sind keine Lösung, die befriedigen kann. Wir müssen allen Menschen eine Perspektive geben und sie in die Mitte der Gesellschaft holen. In unserem Land haben wir viele notwendige und vorbildliche Initiativen, die sich sozial engagieren – dafür bin ich überaus dankbar. HEMPELS ist zum Glück seit über 14 Jahren dabei. Vielen ist gar nicht bewusst, dass zu HEMPELS nicht nur das Magazin gehört, sondern auch Beratungsangebote, die Suppenküche und und und.

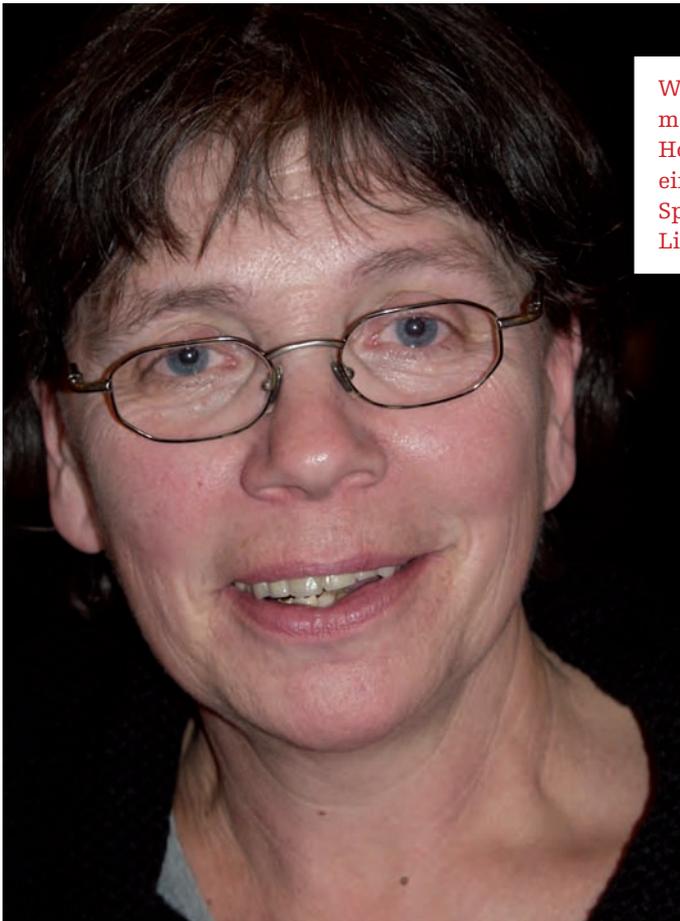
Stegner, SPD: Die Initiative von HEMPELS unterstützen wir. Sie ist die richtige Antwort in „Konfliktsituationen“. Treffpunkte wie das „Cafe WuT“ (Warm und Trocken) in Lübeck brauchen wir auch künftig. Von einer gesetzlichen Vorgabe, um öffentliche Räume „freizuhalten“, halte ich überhaupt nichts. Das ist unverantwortliche Vogel-Strauß-Politik. Verantwortliche Politik hat die Aufgabe, sich der Probleme und Bedürfnisse von Menschen in Not anzunehmen und darf sie nicht verdrängen.

Kubicki, FDP: Ja, wir setzen uns gegen Vertreibung aus öffentlichem Raum ein. Solche Maßnahmen führen lediglich



Anke Spoorendonk,
Spitzenkandidatin
des SSW.

Foto: Lars Salomonsen/BorderPress.dk



Will mit ihrer Partei erstmals in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einziehen: Antje Jansen, Spitzenkandidatin der Linkspartei.

Gefährdetenhilfe sichern

Über die Wohlfahrtsverbände fördert das Land verschiedene Maßnahmen in der sogenannten Gefährdetenhilfe und trägt bei zu einer Verbesserung der Lebenschancen von Wohnungslosen, Suchtkranken und Straffälligen. Plant Ihre Partei Einschnitte?

zu einer Verlagerung – nicht aber zur Lösung des eigentlichen Problems. Die FDP steht dafür, dass diesen Menschen besondere Hilfsangebote unterbreitet werden, um sie von der Straße zu holen. Für uns Liberale sind Initiativen wie die von HEMPELS ein wichtiges Angebot zur Selbsthilfe, bei dem aktives Engagement der Betroffenen gefördert wird.

Heinold, Grüne: Wir unterstützen die HEMPELS-Initiative. Und wir sprechen uns entschieden dagegen aus, dass Menschen aus Straßen oder Stadtteilen vertrieben werden. Wir sind gegen jede Form von Trinkersatzungen. Wir fordern, dass sich alle Menschen in allen Stadtteilen und auf allen Straßen aufhalten dürfen.

Spoorendonk, SSW: Diese Menschen gehören zu unserer Gesellschaft. Sie haben ebenso ein Recht auf die öffentlichen Orte wie jene, die sich durch ihren Anblick oder ihr Betteln gestört fühlen. Wen Fixer und Bettler stören, der soll sich erst einmal für bessere Wohnungshilfen, eine bessere Drogenpolitik, eine bessere Sozialpolitik und eine bessere Gesundheitspolitik einsetzen, statt diese Menschen zu vertreiben. Letztlich müssen manche Menschen einfach lernen zu akzeptieren, dass nicht alle die eigenen bürgerlichen Wertvorstellungen teilen. Solange diese Einsicht sich nicht durchgesetzt hat, brauchen wir leider Schutzräume.

Jansen, Linke: Öffentlicher Raum darf nicht privatisiert werden und muss allen offen stehen. Vertreibung oder Platzverweise lehnen wir strikt ab, da soziale Probleme nicht verschwinden, indem die Betroffenen verdrängt werden. Stoßen Interessen verschiedener Gruppen aufeinander und führen zu Konflikten, kann die Kommune moderierend eingreifen. Ihre Aufgabe ist es, für sozial benachteiligte Gruppen entsprechende Hilfsangebote bereit zu halten, die mit zu einer Entspannung von Interessensgegensätzen beitragen.

Carstensen, CDU: Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände ist unbedingt notwendig, wir fördern mit großem Einsatz verschiedene Einrichtungen und Hilfsangebote. Trotz alledem kann das Land nur so viel Geld ausgeben, wie es langfristig auch einnehmen kann. Sollten Einschnitte notwendig sein, werden wir uns einzelne Maßnahmen anschauen und beraten, wie wir vorgehen werden. Wir behalten aber immer die Menschen und deren Bedürfnisse im Auge.

Stegner, SPD: Nein. In Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden gilt es, Gefährdetenhilfe zielgerichtet auszubauen.

Kubicki, FDP: Eine von der FDP getragene Landesregierung wird gemeinsam mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Anbietern ein Konzept erarbeiten, wie die verschiedenen Maßnahmen der Gefährdetenhilfe im Land noch besser vernetzt werden können, um so möglichst viele Menschen zu erreichen. Einschnitte sind derzeit keine geplant.

Heinold, Grüne: Grüne haben sich immer für die Stärkung von Prävention und von Hilfsangeboten für Menschen in Not eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun, weil dieser Bereich für uns hohe Priorität hat.

Spoorendonk, SSW: Wir planen keine Einschnitte und werden uns gegen solche Planungen wenden. Leider müssen wir gerade in knappen Zeiten besonders wachsam sein, dass Einsparungen nicht zu Lasten besonders Schwacher in der Gesellschaft gehen, die keine große Lobby haben. Solche Kürzungen sind nicht nur unsolidarisch, sie sind auch noch dumm, weil sie weit höhere Folgekosten verursachen.

Jansen, Linke: Die Linke wendet sich grundsätzlich gegen Einschnitte in das soziale Netz. Dazu zählen natürlich auch die sozialen Maßnahmen im Bereich der Gefährdetenhilfe. Die vorhandenen Ressourcen müssen endlich für die Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft genutzt werden.

Schuldnerberatung beibehalten

Die professionelle Schuldnerberatung verfügt über eine beispielhafte Struktur. Wird Ihre Partei die Landesförderungen in voller Höhe beibehalten?

Carstensen, CDU: Wir werden die Landesförderung sogar erhöhen. 2008 haben wir 3,8 Millionen Euro Zuschuss gewährt, nächstes Jahr werden es 4,2 Millionen sein. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine funktionierende Schuldnerberatung unabdingbar ist. Daran wollen und müssen wir festhalten.

Stegner, SPD: Ja. Auch hier gilt, das System der Schuldnerberatungen mit den unterschiedlichen Trägern bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Kubicki, FDP: Schuldnerberatungsstellen sind ein wichtiger Baustein, um der wachsenden Zahl von verschuldeten Haushalten umfassende Unterstützung zu gewähren. Die Finanzierung der Verbraucherinsolvenzberatung als unmittelbare Landesaufgabe ist deshalb sinnvoll und notwendig. Berichte des Landesrechnungshofes, dass zweckgebundene Zuwendungen von einer Beratungsstelle genutzt wurden, das Vereinsvermögen zu steigern, werden wir allerdings zum Anlass nehmen, das Zuwendungsverfahren zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.

Heinold, Grüne: Wir haben uns bisher immer für einen Ausbau der Schuldnerberatung eingesetzt und sagen zu, dass dieser Bereich für uns weiterhin hohe Priorität hat.

Spoorendonk, SSW: Der SSW plant keine Einschnitte und wird sich gegen Kürzungen wenden. Wir brauchen eine professionelle Schuldnerberatung, die nicht nur überschuldeten Menschen neue Lebensperspektive gibt, sondern durch gute Präventionsarbeit viel Leid verhindern kann.

Jansen, Linke: Einschnitte bei der Schuldnerberatung kommen für uns nicht infrage.

AUTOKRAFT

H

Direkte S-Bahn Anbindung:
Ideal auch für Pendler
und Hamburg-Besucher

**Zum Abheben nach Hamburg –
ganz entspannt im Flughafenbus.**

Bitte einsteigen: Der Urlaub beginnt in unseren Flughafenbussen.
Wir fahren Sie mit dem KIELIUS (ab Kiel) und dem TRAVELiner
(ab Lübeck) bequem, stressfrei und günstig zum Hamburger Airport.
Mit dem Kombi-Ticket werden Sie sogar von zu Hause abgeholt.

Mehr Infos unter: www.autokraft.de
oder 0431 666-2222 oder 0451 888 10 78.

TRAVELINER **»Kielius«**

die lobby für kinder
Deutscher Kinderschutzbund S.-H.

SoVD
Partei der sozialen
Sozialverband
Deutschland

AWO

**„KINDERRECHTE STÄRKEN –
ARMUT BEKÄMPFEN“**

Volksinitiative

**„Kinder werden nicht erst Menschen,
sie sind schon welche.“
Janusz Korczak**

Anzeigen

Linke vor SPD, CDU abgeschlagen, ein Drittel wählt nicht

Wie HEMPELS-Verkäufer und Gäste befreundeter Einrichtungen stimmen wollen

> Welchen Parteien trauen unsere Verkäufer/innen am ehesten die Lösung politischer Probleme zu? Wo fühlen sie sich mit ihren Anliegen vertreten und wie geben sie ihre Stimme ab bei der Landtagswahl, die am 27. September parallel zur Bundestagswahl stattfindet? Danach haben wir in den vergangenen Wochen in unseren Kieler Räumen und in den landesweit mit uns kooperierenden Einrichtungen gefragt. An der anonymen und freiwilligen Wahlumfrage konnten sich neben unseren Verkäufer/innen auch weitere Besucher der jeweiligen Einrichtungen beteiligen.

Insgesamt 283 Frauen und Männer haben zwischen 27. Juli und 14. August den von uns erstellten Stimmzettel ausgefüllt. Zur Wahl standen in dieser Reihenfolge: CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SSW (Südschleswigscher Wählerverband), Die Linke, NPD sowie Andere. Außerdem konnte angekreuzt werden, nicht beziehungsweise ungültig wählen zu wollen. Durchgeführt haben wir die Umfrage mit großer Unterstützung der Mitarbeiter/innen der jeweiligen Einrichtungen in Flensburg (Tageswohnung der Diakonie; 42 abgegebene Stimmen), Husum (Bahnhofsmmission des Diakonischen Werks; 24 Stimmen), Kiel (HEMPELS-Café „Zum Sofa“ sowie Tagestreff & Kontaktladen der Evangelischen Stadtmission; zusammen 139 Stimmen), Lübeck (Zentrale Beratungsstelle der Vorwerker Diakonie; 44 Stimmen), Rendsburg (Kontakt- und Beratungsstelle des Diakonischen Werks der Kirchenkreise Rendsburg und Eckernförde gGmbH; 20 Stimmen) und Schleswig (Sozialberatung der Diakonie; 14 Stimmen).

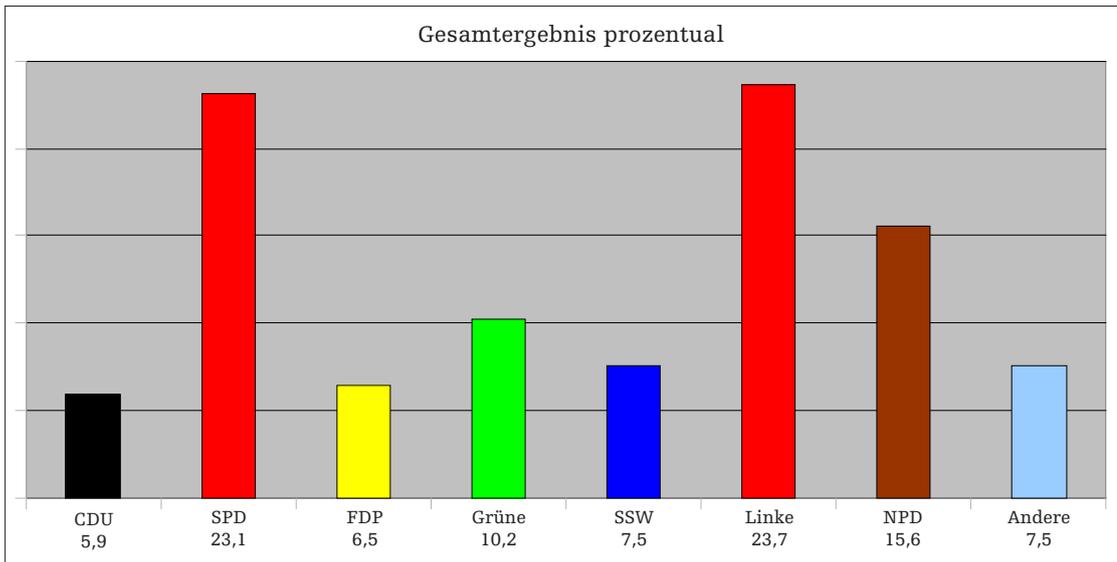
Ein gutes Drittel (34,3 Prozent, 97 Stimmen) der Teilnehmenden kreuzte an, bei der Landtagswahl nicht beziehungsweise ungültig wählen zu wollen. Auf Basis der 186 weiteren Stimmen ergibt sich folgendes Gesamtbild: Stärkste Partei wurde bei unserer Umfrage Die Linke mit 23,7 Prozent (44 Stimmen) knapp vor der SPD mit 23,1 Prozent (43 Stimmen). Die CDU schaffte es mit 5,9 Prozent (elf Stimmen) gerade über die Fünfprozenthürde. Die Grünen dürfen sich über 10,2 Prozent Zustimmung freuen (19 Stimmen), die FDP über 6,5 Prozent (zwölf Stimmen). Der SSW erhielt 7,5 Prozent (14 Stimmen). Für die NPD votierten 15,6 Prozent (29 Stimmen), auf Andere entfielen 7,5 Prozent (14 Stimmen). Die aufgeschlüsselten regionalen Resultate sind in nebenstehenden Grafiken dargestellt.

Selbstverständlich ist das Ergebnis nicht repräsentativ. Dennoch bringt es eine Stimmung zum Ausdruck. Trotz der insgesamt großen Beteiligung haben manche unserer Verkäufer und Besucher erst gar keinen Stimmzettel ausgefüllt. Bei ihnen sei eine „depressive Stimmung“ spürbar, so die Mitarbeiterin einer mit uns kooperierenden Einrichtung. Viele seien resigniert und trauten den etablierten Parteien nicht mehr.

Das Gefühl, „abgehängt zu sein“, wurde auch über viele handschriftliche Notizen auf ungültigen Wahlzettel deutlich. „Politiker machen eh nur, was sie wollen“, war öfter zu lesen. Oder: „Um uns kümmern die sich nicht.“ Insgesamt dürfte der Anteil der nicht oder ungültig Wählenden unter unseren Verkäufern und Besuchern also noch größer sein, als es die gemessenen 34,3 Prozent Wahlenthaltung bereits beschreiben. Überraschen kann eine solch starke Nichtbeteiligung jedoch kaum. Denn Wahlforschern und Soziologen ist schon lange klar: Wer wissen möchte, wo die Menschen mit den größten sozialen und ökonomischen Problemen leben, muss bloß nachlesen, wo es die geringste Beteiligung an offiziellen Wahlen gibt.

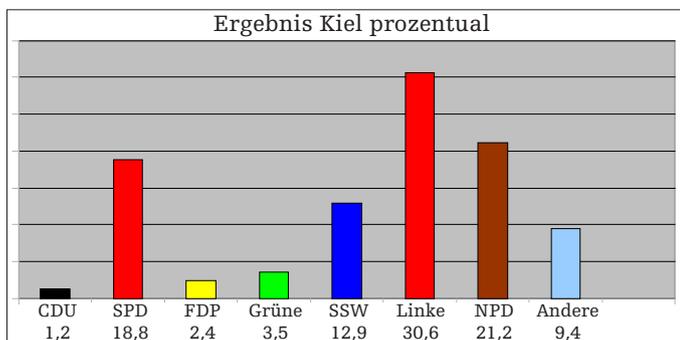
Manche Stimme mag zudem in der Absicht abgegeben worden sein, Protest zum Ausdruck bringen zu wollen. Dass die NPD bei unserer Umfrage 15,6 Prozent erhielt, ließe sich so und durch die Tatsache erklären, dass bei Wahlen Neonazis vor allem dort Resonanz finden, wo der Gesellschaft soziale Spaltung droht und Hoffnungslosigkeit das subjektiv empfundene Lebensgefühl vieler ist. Auch das sollte den demokratischen Parteien mehr als nur zu denken geben.

Text: Peter Brandhorst
Grafiken: Dieter Suhr

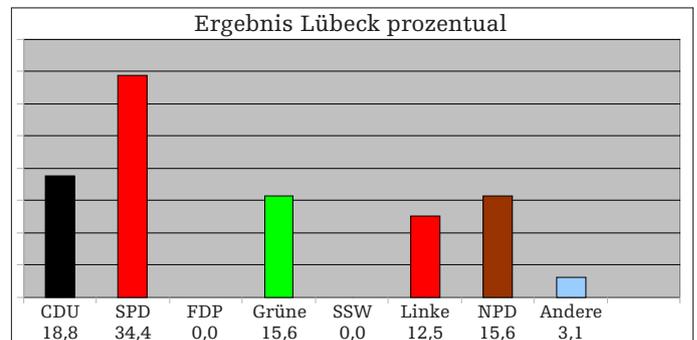


In allen Diagrammen auf dieser Seite beziehen sich die Ergebnisse auf die Zahl der gültigen Stimmen. Die Zahl der Nichtwähler und ungültigen Stimmen bezieht sich jeweils auf die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen.

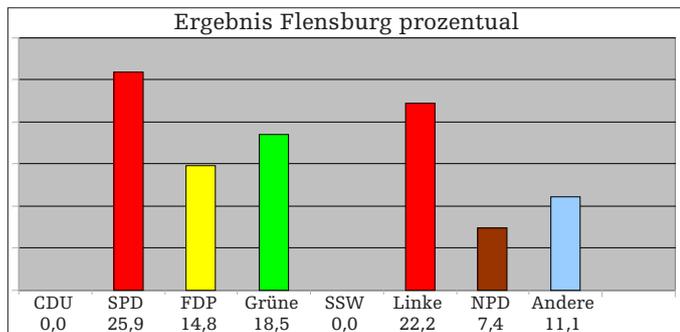
Nichtwähler/ungültige Stimmen im Gesamtergebnis: 34,3 Prozent



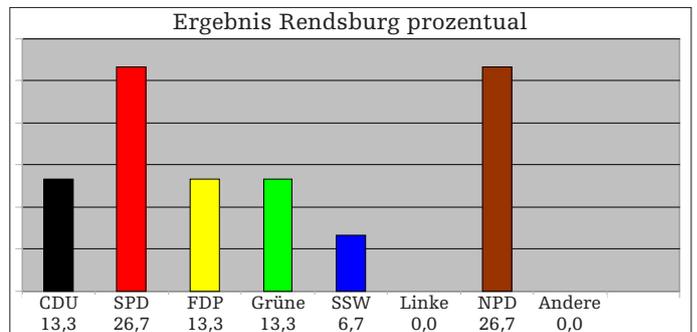
Nichtwähler/ungültige Stimmen in Kiel: 38,8 Prozent



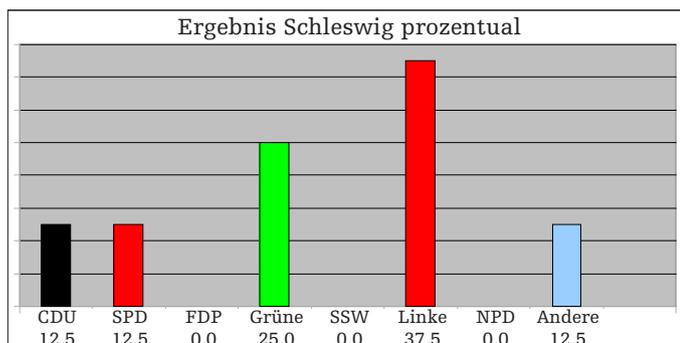
Nichtwähler/ungültige Stimmen in Lübeck: 27,3 Prozent



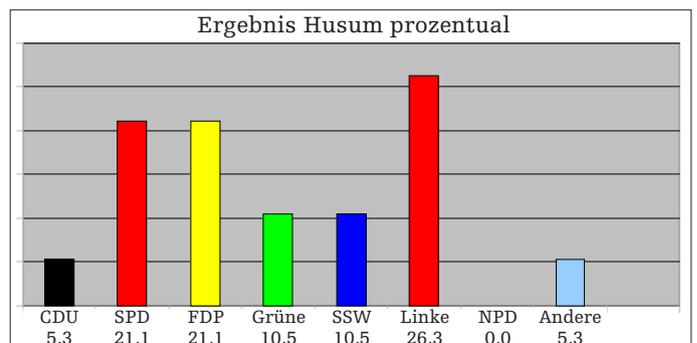
Nichtwähler/ungültige Stimmen in Flensburg: 35,7 Prozent



Nichtwähler/ungültige Stimmen in Rendsburg: 25,0 Prozent



Nichtwähler/ungültige Stimmen in Schleswig: 42,9 Prozent



Nichtwähler/ungültige Stimmen in Husum: 20,8 Prozent

Armut

Arme Menschen wohnen meist in der Stadt

Wer in Schleswig-Holstein arm ist, wohnt meist in der Stadt. Der Anteil der Menschen, die Ende 2007 auf staatliche Leistungen wie Hartz IV, Grundsicherung oder Sozialhilfe angewiesen waren, liegt in Kiel, Lübeck und Neumünster bei 17 Prozent, in Flensburg bei 16 Prozent. Der landesweite Durchschnitt beträgt zehn Prozent, so das Statistikamt Nord. Die geringste Armutsquote verzeichneten die Kreise Stormarn mit sechs Prozent, sowie Nordfriesland und Segeberg mit sieben Prozent. Lediglich Dithmarschen liegt mit elf Prozent über dem Landesdurchschnitt. Kinder sind weitaus häufiger von Armut betroffen als alte Menschen. Jedes fünfte Kind unter sieben Jahre, aber nur jeder 40. Senior über 65 Jahre ist im nördlichsten Bundesland auf staatliche Leistungen angewiesen. Auch hier klaffen Stadt und Land weit auseinander. In Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster leben 35 bis 36 Prozent aller Kinder unter sieben in Familien, die Hartz IV erhalten. In Stormarn dagegen sind es nur neun Prozent, in Rendsburg-Eckernförde und Segeberg zehn Prozent. (epd)

Hartz IV

Immer mehr Selbstständige müssen Hartz IV beziehen

Auch immer mehr Selbstständige werden zu Hartz-IV-Empfängern. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) berichtete, hat sich deren Zahl innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt. Wegen der Wirtschaftskrise seien die Einkünfte bei diesem Personenkreis so stark geschrumpft, dass sie zusätzlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Laut BA bezogen Ende 2008 rund 114.000 Selbstständige die sogenannte Grundsicherung; 2006 waren es 56.000. Mehr als die Hälfte der Betroffenen habe wegen Auftragsmangel weniger als 400 Euro monatliche Einkünfte. Die BA befürchtet, dass die Zahl der sogenannten Aufstocker bei Menschen mit eigenem Gewerbe weiter steigen wird.



Sammelunterstützungsbogen gem. § 3 der Landesverordnung zur Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes für die Volksinitiative „Kinderrechte stärken – Armut bekämpfen“

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, fordern den Landtag nach Artikel 41 Abs.1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein auf, sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein zu befassen. Artikel 1: Die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 13. Juni 1990 (GVOBL. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz v. 13.05.2008, GVOBL. S. 233, wird wie folgt geändert. Der Artikel 6a der Landesverfassung erhält folgenden Wortlaut:
 (1) Das Land, die Gemeinden und Kreise tragen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten Sorge für die Schaffung und Erhaltung kind- und jugendgerechter Lebensverhältnisse.
 (2) Im Rahmen ihrer Möglichkeiten schützen Land, Kreise und Gemeinden Kinder und Jugendliche gegen Armut, Ausbeutung sowie vor Gefahren für ihr Wohl.
 (3) Kinder und Jugendliche sind Träger von Rechten, deren Ausgestaltung ihren wachsenden Fähigkeiten und Bedürfnissen zu selbstständigem Handeln entsprechen muss. Das Wohl der Kinder und Jugendlichen ist bei allen Maßnahmen, die sie betreffen, die vorrangige Orientierung für staatliches und kommunales Handeln.
 (4) Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung und auf Förderung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten.
 Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, dass die nachstehend aufgeführten persönlichen Daten nur zum Zwecke der Durchführung der Volksinitiative erfasst und an das zuständige Innenministerium und die Meldebehörden weitergeleitet werden. Mehrfacheintragungen, unleserliche oder unvollständige Eintragungen sowie Eintragungen, die einen Vorbehalt enthalten, sind ungültig. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes in seinem vollständigen Wortlaut nebst Begründung einzusehen.

Lfd. Nr.	Familienname, Vorname	Geburtsdatum	Anschrift der Hauptwohnung Straße, Hausnummer, PLZ, Ort	Unterschrift	Datum der Unterschrift
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					

Vertrauenspersonen gem. § 6 des Volksabstimmungsgesetzes, die gemeinsam berechtigt sind, namens der Unterzeichnenden verbindliche Erklärungen abzugeben und entgegenzunehmen, sind:
 1. Heinz Welbers, Eutin, Vorsitzender des Landesverbandes

Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V.
 2. Sven Picker, Kiel, Vorsitzender des Sozialverbandes Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
 3. Irene Johns, Kiel, Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Deren Vertreter sind in numerischer Reihenfolge:
 1. Volker Andresen, Neumünster
 2. Werner Geest, Schmalensee
 3. Torsten Rosenkranz, Stockelsdorf
 Beginn der Unterschriftensammlung: Dezember 2008

Liste bitte unterschrieben an: SoVD, Muhliusstr. 87, 24103 Kiel



Indexmiete? Besser nicht!

Experten vom Mieterverein zu Mietrechtsfragen

> Sie waren mal wieder auf Wohnungssuche und haben etwas Passendes gefunden. Beim Ausfüllen des Mietvertrages kreuzt der Vermieter das Kästchen Indexmiete an. Beschwichtigend weist er darauf hin, dass die Lebenshaltungskosten nur maßvoll steigen und dass deswegen auch die Mieterhöhungen kein Problem sein sollten. Von wegen! Beispiel Kiel: Der Mietspiegel 2004 lag um 3,5 Prozent unter den Werten von 2002 und der von 2006 noch einmal um weitere zwei Prozent unter denen von 2004. Im gleichen Zeitraum ist aber der Verbraucherpreisindex (Basis 2005 = 100) von 95,5 (Mai 2002) auf 101,5 Punkte (Mai 2006) gestiegen, also um 6,28 Prozent. Wenn das kein Unterschied ist! Zwar gewähren sinkende Mietspiegel keinen Mietsenkungsanspruch, wohl aber hätten Indexmieten für diesen Zeitraum knackige Mieterhöhungen zugelassen.

Und sie haben noch einen bösen Haken: Beim Abschluss eines Mietvertrages werden häufig Mieten vereinbart, die über den Mietspiegelwerten liegen. Das ist erträglich, weil das Mietgefüge meistens über kurz oder lang nachzieht. Wenn die überhöhte Anfangsmiete aber an einen Index gekoppelt ist, bleibt sie auf dem überhöhten Niveau, weil sie weiter hochgeschraubt wird, bevor das Mietgefüge diesen Wert erreicht hat. Und noch schlimmer: Haben Sie zeitweise auf Ihr Kündigungsrecht verzichtet, können Sie der Erhöhung nicht einmal ausweichen. Deswegen gilt: Hände weg von Indexmieten – sie sind in der Regel teuer und unberechenbar. Und wenn Ihr Vermieter darauf besteht? Suchen Sie sich lieber einen anderen Anbieter! <



Birte Kubovcisik

Expert/innen des Kieler Mietervereins zu aktuellen Mietrechtsfragen. Diesen Monat schreibt Volljuristin Birte Kubovcisik. Bei Anregungen und Fragen können sich unsere Leser/innen direkt an den Mieterverein wenden. Eine Mitgliedschaft ist erforderlich. Für Bezieher von Sozialleistungen gibt es einen Beitragsnachlass von 30 Prozent. Mieterverein Kiel, Eggerstedtstr. 1, Tel.: (04 31) 97 91 90.

Hartz IV im Urteil der Sozialgerichte

Keine Versagung von Sozialleistungen wegen fehlender Mitwirkung in Erstattungsfällen

> Jeder Hartz-IV-Empfänger wird ein Lied davon singen können: Benötigt die ARGE irgendwelche Unterlagen, flattert ein stets ausnehmend freundlich formuliertes Behördenschreiben ins Haus, das im Falle von Betriebskostenguthaben etwa so lauten kann: „Im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflicht bitte ich Sie, bis spätestens zum 20.09.2009 folgende Unterlagen vorzulegen: Ihre Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2006.“ Weiter unten folgt sodann der Hinweis: „Sollten Sie bis zum o.g. Termin nicht antworten bzw. die angeforderten Unterlagen nicht einreichen, werde ich die Geldleistung für Sie (...) bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz versagen.“ Was wenige wissen: Eine Leistungsver-sagung wäre hier gar nicht zulässig!

Denn selbst wenn es in 2006 zu einer Überzahlung gekommen wäre, resultiert hieraus allenfalls ein Rückforderungsanspruch. Ein Leistungsentzug für die Zukunft ist jedoch nur möglich, wenn die Leistungsvoraussetzungen in dem Zeitraum, in dem die Leistungen entzogen werden sollen, nicht „nachgewiesen“ sind (§ 66 Abs. 1 SGB I). Auch die Umdeutung einer Rücknahmeentscheidung in eine Entziehung scheidet aus, weil eine gebundene Entscheidung nicht in eine Ermessensentscheidung umgedeutet werden kann (§ 43 Abs. 3 SGB X). (BSG, Urteil vom 20. 10. 2005 – B 7a/ 7 AL 102/ 04 R) <



Helge Hildebrandt

Wir veröffentlichen jeden Monat Urteile, die für Bezieher von Hartz IV und anderen Sozialleistungen von Bedeutung sind. Unsere Servicrubrik entsteht in Zusammenarbeit mit dem Experten für Sozialrecht Helge Hildebrandt, Rechtsanwalt in Kiel.



Will als Lehrerin kulturelle Werte vermitteln und ist gleichzeitig als Künstlerin tätig: Regine Haack.

Zeichnen bildet

Die Kunstpädagogin Regine Haack will Bewusstsein für Kunst vermitteln

> Die neue Mode? Der schicke Wohnzimmerschrank? Längst sind Design oder Architektur in einer modernen Industriegesellschaft zu Schlüsselqualifikationen geworden, ohne die sich kaum noch etwas verkaufen ließe. Dass jedoch zum Design grundlegende Fähigkeiten des Zeichnens und Entwerfens gehören, Kunst und Kreativität also wichtige Bestandteile des Alltags sind, ist vielen Menschen nicht bewusst. Kunstpädagogen wie Regine Haack wollen dieses Bewusstsein vor allem jungen Menschen vermitteln.

Seit fünf Jahren arbeitet die 50-Jährige an einem Gymnasium in Heikendorf. Und wenn sie sagt, sie wolle kulturelle Werte vermitteln, dann spielt sie, die früher ein Jahr lang an einer deutschen Schule in Rom arbeitete, damit auch auf die große Vergangenheit der Kunst an, auf die Zivilisation der Ägypter, Griechen und Römer.

Als Haack nach Heikendorf kam, bemerkte sie an diesem früher naturwissenschaftlich ausgerichteten Gymnasium eine sehr sparsame Ausstattung für den Kunstunterricht. „In den vergangenen Jahren haben wir hier viel bewegt, Fachräume geschaffen, Materialsammlungen angelegt“. Stolz ist Regine Haack, wenn sie Schülern bei der Berufsfindung helfen kann. „Einige studieren nun Design, Modedesign, Kunsterziehung.“ Kunstunterricht helfe Jugendlichen, „zu sich selbst zu kommen“, spreche Sinne an, lege verdeckte Fähigkeiten frei und zeige, „dass es auch andere Zeiten gegeben hat außer dem ‚Jetzt‘, in dem viele so verhaftet sind“. Zeichnen, Malen oder

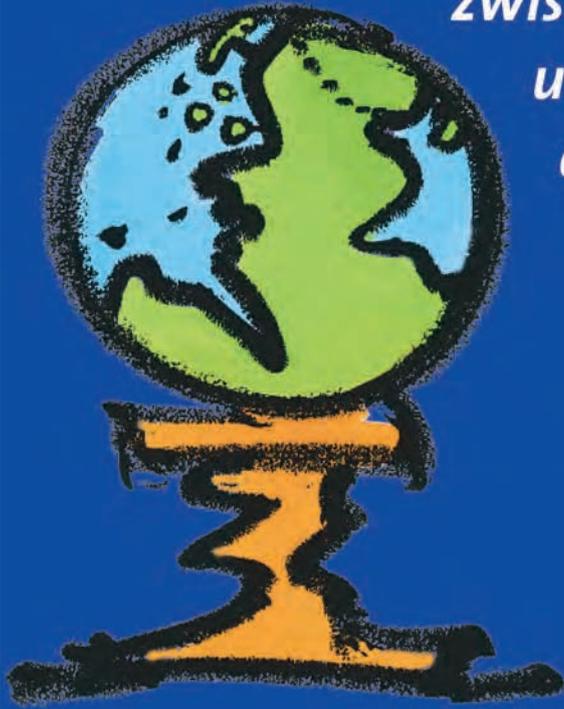
plastisches Arbeiten bildet und fördert die Ausdrucksfähigkeit.

Regine Haack hat immer mit großer Bestimmtheit daran festgehalten, selbst auch Künstlerin zu sein. Dafür hat sie gegen viele Widerstände ankämpfen müssen, viel gesehen, vieles ausprobiert, manches verworfen. Gerade hat sie für sich eine neue Ausdrucksform gefunden. Ihre Malereien und Zeichnungen, die sie auch in Ausstellungen zeigt, nennt sie „isolierte Gegenstände auf weißem Grund“. So wie sie gibt es viele Kunstlehrer, die gleichzeitig künstlerisch tätig sind – oder viele Künstler, die im Brotjob als Kunstlehrer arbeiten. Dass Menschen künftig noch stärker in Berührung kommen mit Kunst, dass die Akzeptanz von individuell gefertigten Kunstprodukten jeglicher Art gesteigert wird, dafür wollen Kunstpädagogen wie Regine Haack weiter wirken. Die Kunstszene im Land wird auf diese Weise bereichert.

Text und Foto: Imme Feldmann

Kennen Sie den Unterschied ?

zwischen der Bundestagswahl
und der **Landtagswahl**
am 27. September



SSW 
Näher dran!

www.ssw.de

Kunstvoll HEMPELS unterstützen

Sie interessieren sich für Werke Schleswig-Holsteinischer Künstler? Und Sie möchten die Arbeit von HEMPELS unterstützen? Mit dem Erwerb von Originalarbeiten bekannter Malerinnen und Maler tragen Sie zur Stärkung unserer Arbeit bei. Die Gemälde wurden uns von den Künstlern zur Verfügung gestellt und werden zu Festpreisen abgegeben. Die gesamte Galerie kann im Internet be-

sichtigt werden unter www.hempels-sh.de. Dort einfach den Link „Bilderverkauf“ anklicken. Oder rufen Sie unsere Mitarbeiterin Vera Ulrich an. Telefon: (04 31) 67 44 94. Mail: verwaltung@hempels-sh.de

Wir stellen Ihnen jeden Monat eine Auswahl vor.

Julia Ackermann
Saigon #04 / Saigon # 08
Fotografie getont
je 15 x 15 cm
Preis: 200,- Euro



Günter Mietzner
Heidellandschaft
Öl auf Leinwand
40 x 50 cm
Preis: 250,- Euro

HEMPELS

Das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein

Zugehört

Musiktipps
von Carsten Wulf



GRIZZLY BEAR: Veckatimest



Grizzly Bear
Veckatimest
Warp Records

Das New Yorker Quartett Grizzly Bear hat sein drittes Album nach einer kleinen, unbewohnten Insel benannt: Veckatimest gehört zu Massachusetts und beeindruckte die Band mit natürlicher, wilder und romantischer Schönheit. Auch mit ihrer Musik betreten Grizzly Bear immer wieder unbekannte Gebiete und feilen an komplexen Songstrukturen mit häufigen Melodie- und Tempowechseln und unterschiedlichsten Stilelementen. Mit ihrem Mix aus Folk, psychedelischem Pop und progressivem Rock erinnern sie an eine Mischung aus Animal Collective, Radiohead, Beach Boys und Flaming Lips. Wunderschöne, atmosphärische, warme und beruhigende Musik.

MISS LI:

Dancing The Whole Way Home



Miss Li
Dancing The Whole Way Home
Devil Duck Records

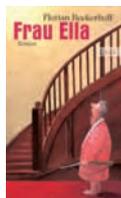
Die Schwedin Miss Li alias Linda Carlsson ist in ihrer Heimat längst ein Superstar und erobert nun auch den Rest Europas und sogar die USA, wo ihre Lieder immer wieder Bestandteil populärer TV-Serien sind. Die 27-Jährige überzeugt mit ganz eigenem, teilweise kauzigem Stil und vor allem durch eingängige Melodien. Ihre Texte dagegen beschäftigen sich eher mit den ernstesten Themen des Lebens. So setzt sich Miss Li auf „Dancing The Whole Way Home“, ihrem zweiten in Deutschland erschienenen Album, mit Beziehungsproblemen, mit Suizid und mit dem Verlust wichtiger Menschen auseinander. Für Fans von Lilly Allen, Kate Nash, Amy Winehouse oder auch den Cardigans sehr zu empfehlen.

Durchgelesen

Buchtipps
von Ulrike Fetkötter



FLORIAN BECKERHOFF: Frau Ella



Florian Beckerhoff
Frau Ella
List Verlag

Durch einen Wasserschaden herrscht Zimmernotstand im Krankenhaus. Frau Ella, weit in den Achzigern und unglücklich über die anstehende Augenoperation, wird in das Zimmer von Sascha, frisch am Auge operiert, verlegt. Schnell entsteht zwischen beiden eine enge Beziehung, die auch gerade durch gegenseitiges Nichtverstehen wächst. „Vielleicht geht es darum, dass Sie doch eine Dame sind und sich von diesen Typen auslachen lassen und auch noch mitmachen. Ich finde das nicht normal.“ Sicherlich hatte er recht. Sie hatte sich gehen lassen weil sie es so genoss, unter Menschen zu sein, unter fröhlichen Menschen, die anscheinend Gefallen an ihr fanden. „Kommen Sie, ich verstehe, dass es nicht leicht ist, mit so einer wie mir zurechtzukommen. ‚Wo soll das nur enden?‘ seufzt er und setzt sich. ‚Wo soll das nur enden, Frau Ella?‘ ‚Na, irgendwann auf dem Kirchhof. Bis dahin können wir aber noch ein bisschen Spaß haben, oder?‘“

Für Sascha hört der Spaß bald auf: Als Frau Ella gegen ihren Willen unter Vollnarkose operiert werden soll, entführt er sie mit Hilfe eines Pflegers und bringt sie erst einmal bei sich zu Hause unter. Für eine Nacht, bis der Pfleger ihre Sachen gebracht hat, denkt Sascha...

Doch dann kommt alles anders in diesem humorvollen und warmherzigen Roman über eine ungewöhnliche Freundschaft. Von einer Freundschaft zwischen zwei Menschen, die unter normalen Umständen wohl nie aufeinandergetroffen wären.

Angeschaut

Filmtipp
von Oliver Zemke



MAREN ADE: Alle Anderen



Maren Ade
Alle Anderen

Die Handlung: Gitti und Chris sind frisch verliebt und machen Landurlaub auf Sizilien. Eigentlich ein ideales Plätzchen für eine romantische Zeit, doch es zeigt sich, dass die beiden recht unterschiedliche Vorstellungen haben – von Unterhaltungen, Zukunftsplänen und Wünschen. Und auch charakterlich versuchen es hier zwei starke Gegensätze miteinander. Chris ist eher introvertiert, zögerlich, vorsichtig und beruflich noch auf der Suche. Gitti dagegen ist locker, frech, direkt und dynamisch. Ständige Streitereien und Nickeligkeiten gehen Hand in Hand mit Versuchen, die Beziehung zu retten. Doch als die beiden ein befreundetes Paar treffen, deren Beziehung besser zu funktionieren scheint, gewinnt der Unfriede mehr und mehr Überhand.

Gutes Kino soll Emotionen wecken. Soll zum Lachen oder Weinen bewegen, soll spannend sein oder einfach nur berieseln. Aber „Alle Anderen“ hat mich lediglich angestrengt und gelangweilt, so dass ich eher angeschlagen aus dem Kino taumelte. Die Handlung beschränkt sich fast ausschließlich auf schier endlose, oft banale Unterhaltungen und Streitereien zwischen Gitti und Chris. Ihre ständig subtil oder offen zutage tretenden Spannungen wirken unangenehm, ihr Klammern an einer verkorksten Beziehung tut fast schon körperlich weh.

Das Fazit: Gut gespielt von Birgit Minichmayr und Lars Eidinger, und die Geschichte endet recht interessant. Aber weniger Film (124 Minuten) und dafür mehr Handlung und ein größerer Spannungsbogen wären besser gewesen.

SA + SO 5. + 6.9. / 13 UHR

Ausstellung in Kiel

Druckgraphik und Malerei von Uta Kathleen Kalthoff im Kieler **Werkhof** (Feldstr. 100). Infos unter www.derwerkhof.de

SO 6.9. / 18 UHR

Feuer und Flamme in Kiel

Entlang der **Schwentinemündung** werden Feuerkünstler auftreten und gemeinsam mit den Besuchern erstmalig die Schwentinemündung illuminieren, bis Sonnenuntergang begleitet von Live-Musik.

MI 9.9. / 18.30 UHR

Lübeck: Passat ahoi!

Vom Stapellauf der Viermastbark „Passat“ 1911 in Hamburg bis zum letzten Festmachen 1960 in Travemünde reicht der Vortrag „Passat ahoi! – Aus dem Schiffstagebuch der Passat“. Eine Stunde lang geht es auf der „Passat“ (Priwall) unter vollen Segeln durch die Geschichte.

DO 10.9. BIS SO 13.9.

Naturfilmfestival in Eckernförde

Internationales Naturfilmfestival „Green Screen“ an **verschiedenen Spielstätten** in Eckernförde. 81 Filme aus 21 Ländern präsentieren einen vielfältigen Blick auf die Natur und ihre Schutzbedürftigkeit. Infos: www.greenscreen-festival.de

DO 10.9. / 20 UHR

Premiere in Flensburg

Die **Theaterwerkstatt Pilkentafel** eröffnet die neue Spielzeit mit der Premiere des Stücks „Ein Hut, ein Stock, ein Rettungsschirm“ – ein Stück zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Weitere Infos unter www.pilkentafel.de

DO 10.9. / 20 UHR

Kiel: „Ganze Tage, ganze Nächte“

Das **Theater Die Komödianten** zeigt das Stück „Ganze Tage, ganze Nächte“ von Xavier Durringer unter der Regie von Christoph Munk. Der Autor liefert darin kurze Momentaufnahmen des ganz alltäglichen Wahnsinns Leben.

FR 11.9. / 20.30 UHR

Husum: Eastern Roots - Western Beats

„Di Grine Kuzine“ vereinen osteuropäische Einflüsse wie Klezmer oder bulgarische Volkslieder mit westeuropäischer Musik wie Pop oder Ska: Eastern Roots - Western Beats. Zu hören im **Husumer Speicher**.

SA 12.9. / 20 UHR

Poetry Slam in Flensburg

7. Flensburger Poetry Slam im **Kühlhaus** (Mühlendamm). Jeder Teilnehmer hat fünf Minuten Beitragszeit – das Publikum entscheidet.

SA 19.9. / 20 UHR

Kiel: Rock gegen Kinderarmut

16 zeitgleiche Konzerte gegen Kinderarmut in 16 Bundesländern – eines davon auf der schwimmenden Bühne am **Kieler Bootshafen** mit verschiedenen Gruppen und Interpreten. Außerdem: Wassersportschnuppern für Kinder und Infos zum Thema Kinderarmut.

DO 24.9. / 20.30 UHR

Bigband-Sound in Kiel

Die Kieler Formation „So What“, seit Jahren fester Bestandteil der schleswig-holsteinischen Musikszene, spielt im **Statt-Café** (Andreas-Gayk-Str.) Mit ihrem Konzept „Bigband im Kleinformat mit Gesang“ hat sie sich mittlerweile einen großen Fankreis erobert.

MO 28.9. / 20 UHR

Metal in Flensburg

Die ursprünglich aus Buffalo, New York, stammende Death/Thrash Metal Band **Malevolent Creation** spielt live im **Flensburger Roxy**. Näheres unter www.roxy-music-hall.de

MI 30.9. / 20 UHR

Irish Folk in Kiel

Pure Irish Drops spielen im **KulturForum** (Andreas-Gayk-Str.) traditionellen Irish Folk.

Unabhängige Beratung für Arbeitslose / Hartz-IV-Bezieher

im INFOLADEN
Hansastraße 48, Kiel

Beratungs(Kern)Zeiten:

Dienstag 10-13 Uhr
Donnerstag 15-18 Uhr

Tel.: (0431) 530 38 85
mail: infoladen-hansastr@web.de

Anzeigen

Martens 
Seit 1908
BESTATTUNGEN

Wörthstraße 7/9 · 24116 Kiel · Fax 150 20 · Telefon **150 55**
Zu jeder Zeit · Auf Wunsch Hausbesuch · www.martens-bestattungen.de

Erd-, Feuer- und Seebestattungen · Überführungen · Vorsorgeberatung
Sterbeversicherungen · Treuhandverträge · Umbettungen

„Endlich wieder sein eigener Herr sein können“

Frank Schmidt, 46, aus Kiel gehört zu unseren fest angestellten Verkäufern

> Ich bin der Letzte, der „Nein“ sagt bei neuen Möglichkeiten. Als HEMPELS vor gut einem Jahr mehreren Verkäuferinnen und Verkäufern die Möglichkeit bot, fest angestellt dieser Arbeit nachgehen zu können, da war das eine solche Möglichkeit – ich habe sofort zugeschlagen! Es ist wunderbar, wieder sein eigener Herr zu sein. Denn es ging mir einfach gegen den Strich, nur vom Jobcenter abhängig zu sein.

Jetzt kann ich also meiner sozialversicherungspflichtigen Arbeit als HEMPELS-Verkäufer nachgehen. Montags bis freitags „hempele“ ich stramm durch. Mein Revier ist der Haupteingang vom Kieler Citti-Park. Dort habe ich mir längst einen Namen gemacht und einen festen Kundenstamm aufgebaut. An dieser Stelle möchte ich euch allen für eure tatkräftige Unterstützung danken!

Gelernt habe ich den Beruf eines Malers und Lackierers, aber in diesem Bereich ist Arbeitslosigkeit keine Ausnahme. Eigentlich habe ich alles schon einmal gemacht, egal ob Maurer, Heizer oder Tankreiniger. Aber irgendwann habe ich mich finanziell einfach überschätzt und alles ist mir zwischen den Händen weggeglitten. 2006 bin ich dann von Hamburg nach Kiel gezogen und durch einen Freund auf HEMPELS gestoßen. Zunächst habe ich auf Ein-Euro-Basis hinter dem Tresen im Vereinscafé „Zum Sofa“ gearbeitet. Erst danach begann ich mit dem Verkauf der Zeitung.

In Hamburg war ich schon mal für kurze Zeit als Straßenzeitungsverkäufer aktiv. Aber hier in Kiel sind die Kunden anders als in Hamburg. Denn viele zeigen ehrliches Interesse an meiner Geschichte. Ich sehe bei meinem Job auch immer wieder,

dass es Menschen gibt, die viel schlechter dran sind als ich es war. Beispielsweise schenke ich einem älteren Mann jeden Monat ein HEMPELS-Exemplar, zahle es von meinem Lohn. Denn wegen seiner kleinen Rente kann er sich den Kauf nicht leisten, obwohl er die Zeitung so gerne liest. Ich erlebe dann jeden Monat, wie sehr er sich über mein Geschenk freut – das sind besonders schöne Momente.

Überhaupt die Kontakte während der Arbeit: Vergangenen März kamen tatsächlich der Box-Weltmeister im Mittelge-



wicht, Arthur Abraham, und der Trainer Uli Wegner auf mich zu. Sie haben mir sogar Autogramme auf meine Verkaufstasche geschrieben – ein besonders schönes Erlebnis für mich, wo ich doch so ein großer Boxfan bin! Auch wenn solche Begegnungen mit Prominenten nicht unbedingt jeden Tag stattfinden, so mache ich bei der Arbeit doch fast jeden Tag interessante und spannende Erfahrungen, die ich nicht mehr missen möchte. Auch deshalb habe ich mein Leben, das scheint sicher, wieder im Griff.

Vor ein paar Monaten ist sogar noch eine weitere Aufgabe hinzugekommen: Seit nämlich HEMPELS Arztpraxen und Anwaltskanzleien die Möglichkeit bietet, das Magazin für das eigene Wartezimmer zu abonnieren, Sorge ich auf meinem Fahrrad in Kiel für die pünktliche Auslieferung. Wie gesagt: Ich bin sehr zufrieden mit den Möglichkeiten, die HEMPELS mir bietet.

Aufgezeichnet von: Anna Siebert
Foto: Dieter Suhr

Info

Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen können seit gut einem Jahr nach einem speziellen Förderprogramm (§ 16e SGB II) beschäftigt werden. Zusammen mit der Arge Kiel haben wir so versicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen für zurzeit sechs Mitarbeiter, die zuvor dauerarbeitslos waren. 25 Prozent der Gesamtlohnkosten müssen vom Arbeitgeber übernommen werden, der Rest wird über die Arge finanziert.

Ja, ich möchte HEMPELS unterstützen!

Fördermitgliedschaft

Ich möchte Fördermitglied von HEMPELS werden und zahle monatlich / jährlich _____ Euro

Einzug (erfolgt bei Beträgen unter 5 Euro/Monat vierteljährlich)

Überweisung auf das Konto 1 316 300 bei der EDG BLZ 210 602 37

HEMPELS e.V. ist vom Finanzamt Kiel (Nord-GL 4474) als mildtätig anerkannt. StNr. 1 929 184 342

Bitte schicken an:
HEMPELS Straßenmagazin
Schaßstraße 4, 24103 Kiel

Fax: (04 31) 6 61 31 16

Meine Anschrift

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Bankverbindung (nur bei Einzug)

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Bankinstitut

Datum, Unterschrift

HEMPELS
Das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein



Diesen Monat HEMPELS-Mitarbeiterin

Kerstin Lach, 44, Kiel

Was ist deine stärkste Eigenschaft?

Auf jeden Fall meine Ehrlichkeit.

Was deine schwächste?

Ich bin sehr zurückhaltend, weil ich Angst habe, etwas Falsches zu sagen.

Deine größte Leistung im bisherigen Leben?

Die Geburt meiner Tochter.

Die schlimmste Niederlage?

Auf der Straße gelandet zu sein und dort auch sechs Jahre gelebt haben zu müssen.

Mein erstes eigenes Geld habe ich verdient mit...

... dem Verkauf von HEMPELS-Zeitungen.

Ich kann auf alles verzichten, nur nicht auf ...

... meine Arbeitsstelle bei HEMPELS, weil mir das Kraft gibt. Früher habe ich die Zeitung verkauft, zurzeit bin ich als Ein-Euro-Mitarbeiterin in der Suppenküche beschäftigt.

Wenn ich fünf Euro übrig habe, dann für...

... die Bezahlung meiner Schulden.

In den nächsten Wochen freue ich mich auf ...

... meine eigene Wohnung, denn demnächst wird der Mietvertrag unterschrieben.

In meinem Leben möchte ich unbedingt noch ...

... wirklich Mutter sein, denn ich habe meine Tochter seit ihrer Geburt nicht mehr sehen können.

Meine Arbeit bei HEMPELS ist mir wichtig, weil ...

... ich durch sie in Kontakt zu anderen Menschen komme.

Flensburger TAT feierte

Wurst und Sonne satt, dazu wunderbare Musik. An dem Grillfest des Flensburger diakonischen Tagestreffs auf dem Johanniskirchhof gab es nichts zu meckern. Alles passte genau. Der Tagestreff hatte Besucher und Nachbarn eingeladen zum sommerlichen Beisammensein. Ungefähr 50 Gäste waren gekommen. Für musikalische Unterhaltung sorgten die Lokalmatadoren Meier und Kufti. Sie spielten kräftig auf, sodass auch getanzt werden konnte.

Ollie's Getränke Service in Langwedel, Kieler Str. 10

Getränke, Fassbier und Zapfanlage, Wein und Sekt, Lieferservice bis Kiel und weiter... und wir stellen Ihnen die Ware in den Kofferraum

Vom 7. bis 12. 9. 2009 im Angebot:



Wittenseer Sport Vital

6,99 EUR je 12 x 0,7 l

+ Pfand

Ollie's Getränkeservice
Kieler Straße 10
Langwedel

Öffnungszeiten:

Mo 9-18 Uhr

Di, Mi, Do 14-18 Uhr

Fr 9-18 Uhr

Sa 9-13 Uhr

Tel.: 0 43 29 / 8 16



Jederzeit für Sie in Ihrer Nähe erreichbar

04 31 – 64 73 730

0 43 31 – 43 49 026

0 43 34 – 18 90 25



HEMPELS präsentiert Koch-Ideen:

Katjas Schichtsalat

Seit zwei Jahren gehört Katja Supplitt zu unseren Kieler Verkäufer/innen. Meist ist sie bei ihrer Verkaufsbearbeitung in der Innenstadt anzutreffen, beispielsweise in der Holstenstraße. Da sie keine eigene Wohnung hat, muss sie zurzeit in einer Pensionsunterkunft für Obdachlose leben. Leider, sagt Katja, sind dort Herd und Backofen kaputt. Unseren Leser/innen präsentiert sie einen Schichtsalat. Salat geht immer, auch ohne Herd, er schmeckt und ist gesund. Katjas Schichtsalat eignet sich als Beilage zu Gegrilltem, kann aber auch allein mit frischem Baguette gegessen werden.

Für vier Personen je ein Glas Selleriesalat, Spargel und Champignons (es können auch frische genommen werden) zusammen mit dem Inhalt je einer Dose Mais und Ananasstücken schichtweise in eine Schüssel geben. Porree putzen und in kleine Stücke schneiden, den Schinken würfeln, beides anschließend ebenfalls in die Schüssel schichten. Dann mit Schmand überdecken und etwa zwei Stunden ziehen lassen. Schließlich mit süßer Sahne übergießen und alles gut durchmengen. Wer mag, kann noch Schnittlauch oder andere frische Kräuter drüberstreuen. Nach Geschmack salzen. Katja wünscht guten Appetit!

Zutaten für 4 Personen:
 je ein Glas Selleriesalat, Champignons und Spargel
 je eine Dose Mais und Ananas in Stücken
 2 kl. Stangen Porree
 200 gr. Kochschinken
 ½ Becher süße Sahne
 1 Becher Schmand
 Salz

Haben Sie Interesse an einem WARTEZIMMER-ABO?

Sie bieten damit Ihren Patienten und Mandanten eine zusätzliche informative und unterhaltsame Lektüre und zeigen gleichzeitig soziales Engagement.

Mit unserem Exklusiv-Abo für Anwälte sowie Ärzte, Zahnärzte und andere Praxen bekommen Sie monatlich die aktuelle Ausgabe frei Haus geliefert. Ein ganzes Jahr für 21,60 Euro (Copypreis Straßenverkauf: 1,80 Euro/Ausgabe). Auch beim Abo kommt die Hälfte des Erlöses natürlich unseren Verkäufer/innen zugute.

HEMPELS-Abo

- Ja**, ich möchte HEMPELS unterstützen und abonniere das Magazin für zwölf Monate zum Preis von 21,60 Euro. Will ich das Abo nicht verlängern, kündige ich mit einer Frist von zwei Monaten zum Ablauf der Mindestlaufzeit. Andernfalls verlängert sich das Abo automatisch und ist mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende jederzeit kündbar. Die Zahlung erfolgt nach Erhalt der Rechnung.

 Datum, Unterschrift

Unsere Daten

 Praxis, Kanzlei

 Ansprechpartner/in

 Straße, Hausnummer

 PLZ, Ort

Bitte senden an:

HEMPELS Straßenmagazin
 Schaßstraße 4, 24103 Kiel

Fax: (04 31) 6 61 31 16

E-Mail: abo@hempels-sh.de

Oder einfach anrufen:

(04 31) 67 44 94

HEMPELS

Das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein

Sudoku

Lösung Vormonat

9	3	7	4	2	5	6	8	1
2	8	5	6	7	1	4	3	9
6	1	4	9	8	3	5	2	7
8	9	1	2	5	4	3	7	6
7	5	3	8	9	6	1	4	2
4	2	6	1	3	7	8	9	5
5	6	8	7	4	9	2	1	3
3	4	9	5	1	2	7	6	8
1	7	2	3	6	8	9	5	4

Leicht

7	6	3	5	9	8	2	1	4
1	4	9	2	6	3	7	5	8
5	8	2	7	1	4	3	6	9
6	3	5	8	2	7	9	4	1
9	2	4	1	3	6	5	8	7
8	7	1	4	5	9	6	3	2
4	5	8	6	7	2	1	9	3
2	9	6	3	4	1	8	7	5
3	1	7	9	8	5	4	2	6

Schwer

Das jeweilige Sudoku-Diagramm muss mit den Ziffern 1 bis 9 aufgefüllt werden. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen. Die Lösungen veröffentlichen wir im nächsten Heft.

3								8
	6	1	8	9	2	4	3	
	5			6			1	
		4	1		5	6		
6				4				2
		3	6		7	9		
	3			7			4	
	8	6	9	1	4	3	2	
4								6

Leicht

		2				4		
3	4			1			8	2
	8	7				3	6	
			6	9	2			
2				7				6
			3	4	1			
	9	3				5	1	
7	5			8			2	3
		1				6		

Schwer

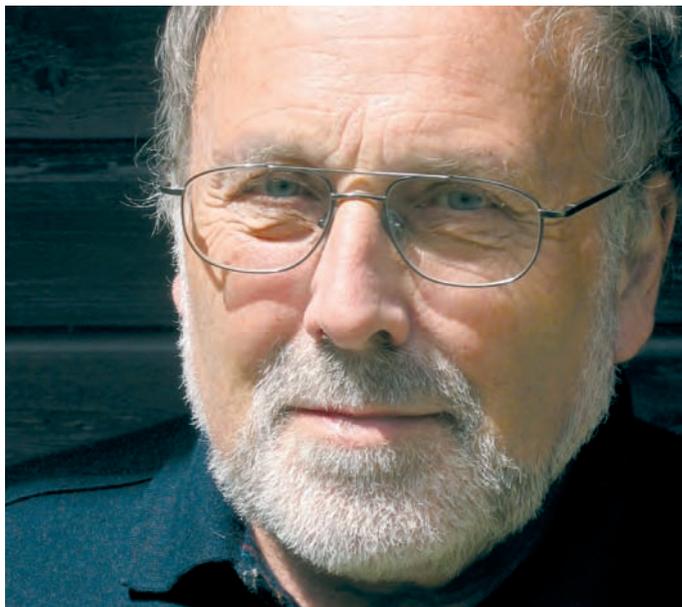
HEMPELS-KARIKATUR von Bernd Skott



Gewinnspiel



Haben Sie zuvor das kleine Sofa gefunden? Dann Seite 2 lesen und mitmachen!



Größer als Madoff

> Neulich konnte ich den größten Betrüger der Finanzgeschichte in seiner Zelle besuchen: Bernard Madoff. Er wurde zu 150 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er über Jahre hinweg betrügerisch mit mehr als 170 Milliarden Dollar jonglierte. Ich fragte ihn: „Mr. Madoff, sind Sie nicht völlig verzweifelt? 150 Jahre Gefängnis. Davon haben Sie erst ein paar Wochen abgegessen!“

„Ach nein“, lachte er. „Bald bekomme ich ja Gesellschaft. Von all meinen Bankerkollegen – zum Beispiel auch aus Deutschland. Ich bin ganz gespannt auf den Funke von der Hypo Real Estate. Und bestimmt verknacken sie auch den Nonnenmacher von der HSH Nordbank zu 100 Jahren Gefängnis. Dann sitzen wir hier zusammen und lachen uns immer noch kaputt über die doofen Anleger.“

„Ach, Sie meinen: Der Funke und der Nonnenmacher und die andern Vorstände alle kriegen jetzt auch lebenslänglich Gefängnis aufgebrummt?“ – „Aber klar! Die haben doch genau wie ich mit den ihnen anvertrauten Milliarden wie verrückt herumgezockt, haben sich von fremdem Geld bedient und viele Anleger in den Ruin getrieben!“

„Entschuldigung“, sagte ich vorsichtig. „Aber wissen Sie denn nicht, dass die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gesagt hat, ‚die Vorstände der Landes- und Privatbanken sind ja nicht davon

ausgegangen, dass ihre Zockerei ein existenzbedrohendes Risiko für die Bank war?‘“ – „Ja, sehen Sie wohl“, rief Madoff, „davon bin ich auch nicht ausgegangen. Im Gegenteil, es funktionierte doch prima. Und ich habe sogar die Größe des Risikos gekannt – die Bankerzocker dagegen haben überhaupt gar nicht mehr gewusst, wie groß das Risiko ist, die wussten doch gar nicht mehr, was sie da machen, die hatten doch jede Übersicht verloren. Die dachten aber, das geht immer so weiter. Und das dachte ich auch. Und wenn die nicht zusammengebrochen wären, hätten meine Kunden bis heute noch nichts gemerkt!“ – „Aber Mr. Madoff“, sagte ich. „Die Staatsanwaltschaft in Deutschland hat doch das Verfahren gegen diese Vorstände eingestellt. Die werden nicht verhaftet.“

„Verdammt!“ rief Madoff und wurde ganz blass, „dann waren die ja doch noch gerissener als ich. Und ich dachte immer, ich bin der größte Gangster der Finanz-Geschichte!“ <

Der Satiriker Hans Scheibner hat sich auch als Kabarettist, Liedermacher und Poet einen Namen gemacht. Im Buchhandel erhältlich ist unter anderem „Wer zuletzt lacht, macht das Licht aus“ (dtv).

Weil der Mensch ein Mensch ist.

Jürgen Weber | Bernd Heinemann | Rolf Fischer | Hans-Peter Bartels

4 FÜR KIEL



Erststimme ist Kiel-Stimme.

27. September ist Wahltag
www.vier-fuer-kiel.de



Soziale Manieren für eine bessere Gesellschaft.

Grüßen kommt gut an. Auch bei mir.



Not sehen und handeln.
Caritas

www.soziale-manieren.de

Eckernförder Str. 20, 24103 Kiel
Zufahrt über Möllingstr. 19
Tel. (04 31) 240 56 20
Fax (04 31) 240 56 19
Mobil (01 71) 3 30 05 08
e-mail: k.hass_bau@gmx.de

Karsten Haß



BAUAUSFÜHRUNG

Meisterbetrieb



Ausführung von Reparaturarbeiten, Neubauten,
Renovierung, Sanierung und Fliesenarbeiten

Sommerschlußverkauf bei Obolus

Vom 14.09.-25.09. erhalten Sie bis
zu 5 Kleidungsstücke (Sommerbekleidung)
für nur 1,00 Euro!

Alles was Sie benötigen ist Ihr gültiger
Alg II-Bewilligungsbescheid oder Ihr InZeit-Pass!

Obolus, Lerchenstr. 19a, 24103 Kiel, 0431/710 340 20
Obolus, Kirchenweg 22, 24143 Kiel, 0431/239 38 28
Obolus, Hertzstr. 75, 24149 Kiel, 0431/ 200 72 12



Ein Projekt
von:

